

## ÖFFENTLICHE BERICHTSVORLAGE

**Amt/Eigenbetrieb:**

20 Fachbereich Finanzen und Controlling

**Beteiligt:**

**Betreff:**

Bericht zur Haushaltslage

**Beratungsfolge:**

10.09.2015 Haupt- und Finanzausschuss

**Beschlussfassung:**

Haupt- und Finanzausschuss

**Beschlussvorschlag:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

## Kurzfassung

Die Kurzfassung entfällt

## Begründung

Der Bericht zur Haushaltslage zum Stand 2. Quartal 2015 stellt sich wie folgt dar:

### 1. Voraussichtliche Ergebnisrechnung 2015:

Mit Erstellung des 2. Quartalsberichtes wurde deutlich, dass die Planung im Wesentlichen eingehalten wurde.

#### 1.1 Prognose 2015 zum 30.06.2015 (Gesamtübersicht mit Eckwerten):

Ergebnisrechnung (Stadt Hagen)	Fortschreibung 2015	Prognose 2015	Abw.	Verbesserung/ Verschlechterung
	(in Mio. €)	(in Mio. €)	(abs.)	
Ordentliche Erträge	-580,3	-599,0	18,7	
Ordentliche Aufwendungen	578,1	598,7	-20,8	
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-2,2</b>	<b>-0,3</b>	<b>-1,9</b>	<b>Verschlechterung</b>
Finanzerträge	-9,8	-10,1	0,3	
Finanzaufwendungen	31,3	30,0	1,3	
<b>Finanzergebnis</b>	<b>21,5</b>	<b>19,9</b>	<b>+1,6</b>	<b>Verbesserung</b>
<b>Gesamterträge</b>	<b>-590,1</b>	<b>-609,1</b>	<b>19,0</b>	
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<b>609,4</b>	<b>628,7</b>	<b>-19,3</b>	
<b>Gesamtergebnis (Fehlbetrag)</b>	<b>19,35</b>	<b>16,62</b>	<b>-0,27</b>	<b>Geringfügige Abweichung</b>

Zu Punkt 1.1 ist der Bericht (Stand 30.06.2015) an die Bezirksregierung als Anlage 1 beigefügt.

#### 1.2 Controllingbericht zum Haushaltssanierungsplan:

Der Controllingbericht zum Haushaltssanierungsplan für das Jahr 2015 zeigt eine positive Tendenz, sodass aktuell eine Verbesserung gegenüber dem Plan zu verzeichnen ist.

Zu 1.2 ist der Bericht als Anlage 2 beigefügt.

## 2. Gewerbesteueraufkommen

Der Haushaltsansatz für 2015 von 76,47 Mio. € ist durch die bisherigen Sollstellungen bereits deutlich übererfüllt. In der Prognose konnten bereits 87,5 Mio. € dargestellt werden. Mittlerweile beträgt das aktuelle Steuersoll über 90 Mio. €..

### 3. Schuldenstand

	20.08.2015	Vorjahr
Liquiditätskredite	1.143.600.000 €	1.136.500.000 €
Investitionskredite	100.633.962 €	109.027.474 €

#### 3.1. Marktumfeld Zinsen

Die Zinsen auf dem EWU-Geldmarkt haben sich zuletzt weiterhin sehr stabil seitwärts bewegt. Mit – 0,029% liegt der 3-Monats-Euribor im leicht negativen Bereich, während sich der 6-Monats-Euribor mit 0,042% noch über der Nulllinie hält (Stand: 19.08.2015). Nach Bankenprognosen dürfte der 3-Monats-Euribor innerhalb der nächsten 12 Monate kaum noch stärker in den Negativbereich sinken. Im langfristigen Bereich zeigen die Prognosen einen einheitlichen leichten Aufwärtstrend.

Aktuelle Zinssätze für Liquiditätskredite (Abschlüsse erfolgen mit laufzeiten- und bonitätsabhängigen Margenaufschlägen):

	09.01.2015	12.05.2015	19.08.2015
EONIA (Tagesgeld)	-0,047 %	-0,091 %	-0,119 %
3 Monats-Euribor	0,070 %	-0,009 %	-0,029 %
12 Monats-Euribor	0,318 %	0,169 %	0,160 %
3 Jahre Swapsatz	0,212 %	0,189 %	0,161 %
5 Jahre Swapsatz	0,344 %	0,422 %	0,382 %
10 Jahre Swapsatz	0,768 %	0,948 %	0,970 %

gez.

gez.

Erik O. Schulz  
 Oberbürgermeister

Christoph Gerbersmann  
 Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer

## Verfügung / Unterschriften

### Veröffentlichung

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
**Oberbürgermeister**

**Gesehen:**

\_\_\_\_\_  
**Erster Beigeordneter  
und Stadtkämmerer**

\_\_\_\_\_  
**Stadtsyndikus**

\_\_\_\_\_  
**Beigeordnete/r  
Die Betriebsleitung  
Gegenzeichen:**

**Amt/Eigenbetrieb:**  
20 Fachbereich Finanzen und Controlling

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

**Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:**

**Amt/Eigenbetrieb:** \_\_\_\_\_ **Anzahl:** \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

# **Controlling-Bericht über das voraussichtliche Ergebnis 2015**

**Bericht zum Stand II. Quartal 2015**

Erarbeitet und vorbereitet durch:  
Stadt Hagen, Fachbereich Finanzen und Controlling, Sachgruppe Controlling 20/02

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einführung</b> .....	<b>Seite 2</b>
<b>I. Fortschreibung der Stadt Hagen 2015</b> .....	<b>Seite 3 – 7</b>
• Ansätze – Fortschreibung 2015 .....	Seite 3
• Fortschreibung 2015 – Ertrags- und Aufwandsstruktur.....	Seite 4
• Erläuterung zu den Haushaltsplanpositionen (Ordentliche Erträge) .....	Seite 5
• Erläuterung zu den Haushaltsplanpositionen (Ordentliche Aufwendungen) .....	Seite 6 -7
<b>II. Stand der voraussichtlichen Ergebnisrechnung 2015</b> .....	<b>Seite 8 -12</b>
• Entwicklung Fehlbetrag ab 2014	Seite 8
• Grafische Darstellung – Abweichung Erträge	Seite 9
• Grafische Darstellung – Abweichung Aufwendungen	Seite 10
• Kurzanalyse (Prognose 2015)	Seite 11 -12
<b>III. Erläuterungen zu den größten Abweichungsursachen</b> .....	<b>Seite 13</b>
– Ergebnisrechnung (tabellarische Darstellung)	Seite 14
– Steuern u. ähnliche Abgaben.....	Seite 15
– Zuwendungen u. allgemeine Umlagen.....	Seite 16
– Sonstige Transfererträge .....	Seite 17
– Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte .....	Seite 16
– Privatrechtliche Leistungsentgelte .....	Seite 18
– Kostenerstattung u. Kostenumlagen.....	Seite 19
– Sonstige ordentliche Erträge .....	Seite 20– 21
– Personalaufwendungen .....	Seite 22 –23
– Versorgungsaufwendungen.....	Seite 24
– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen .....	Seite 25
– Abschreibungen .....	Seite 26
– Transferaufwendungen .....	Seite 27– 29
– Sonstige ordentliche Aufwendung.....	Seite 30
– Finanzerträge .....	Seite 31
– Finanzaufwendungen .....	Seite 32
<b>IV. Kennzahlenübersicht</b> .....	<b>Seite 33</b>
• Kennzahlenüberblick zur Haushaltslage .....	Seite 33

## Einführung:

Gemäß § 6 Abs. 2 des Stärkungspaktgesetzes vom 09.12.2011 in der aktuellen Fassung **genehmigte die Bezirksregierung Arnsberg am 02.02.2015** die in der Ratssitzung am 13.11.2014 beschlossene Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans.

Aus der durch die Bezirksregierung Arnsberg genehmigten Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans ergibt sich ein geplanter **Jahresfehlbetrag** in Höhe von **19,4 Mio. €**.

Der vorliegende Bericht über die voraussichtliche Ergebnisrechnung 2015 informiert auf Basis der aktuellen Prognose zum Stand des II. Quartals über das voraussichtliche Gesamtergebnis 2015 und über die voraussichtlichen Plan-Abweichungen und deren Ursachen. Der Bericht ist in vier Teile unterteilt.

Der **I. Teil** des Berichtes stellt zunächst einen Gesamtüberblick über die Fortschreibung 2015 und über die bisherige Entwicklung der Ergebnisrechnung dar und liefert gleichzeitig eine Orientierung über die Ertrags- und Aufwandsstruktur. Ergänzend dazu werden die Haushaltsplanzahlen nach Haushaltsposition erläutert.

Der **II. Teil** des Berichtes ist eine komprimierte Zusammenfassung und Analyse über das Prognoseergebnis zum Stand des II. Quartals 2015.

Im **III. Teil** werden die Abweichungen zwischen Fortschreibung und Prognose und deren Ursachen dargestellt. Der Bericht ist so aufgebaut, dass zu der Gesamtabweichung auf Haushaltspositionsebene die größten Abweichungsursachen erläutert werden.

Insgesamt wurden 57 Abweichungen erläutert. Aufgrund der Komplexität des hohen Datenvolumens muss auf die Darstellung aller Abweichungen im Gesamtbericht verzichtet werden. Die Darstellung sämtlicher Sachverhalte würde den Rahmen des gesamtstädtischen Berichtes sprengen und eine übersichtliche und termingerechte Berichterstattung auf der Ebene nicht mehr gewährleisten können.

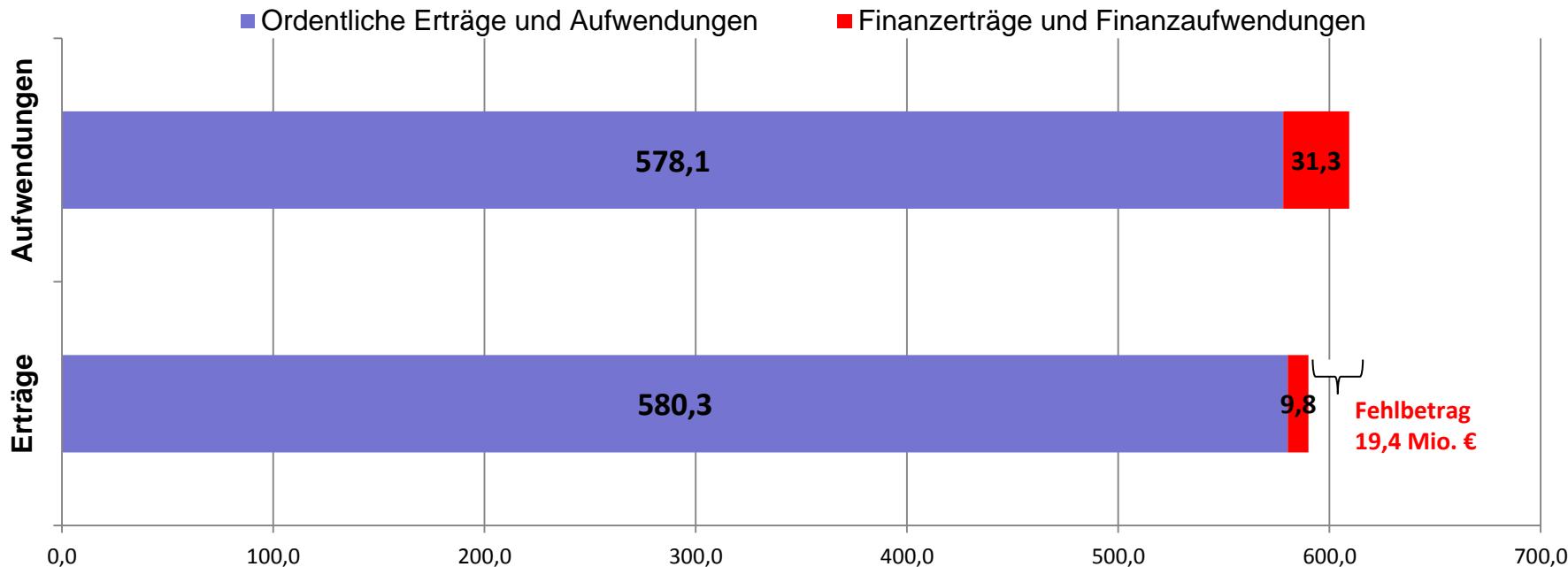
Zu beachten ist, dass unter der Spalte „Abweichung“ ein „-“ eine für die Stadt Hagen negative Auswirkung hat. Ergänzend dazu werden auch die prozentualen Abweichungen dargestellt.

Im **IV. Teil** des Berichtes werden Kennzahlen zur Haushaltssanierung dargestellt.

## I. Teil

# Fortschreibung 2015

## Ansätze – Fortschreibung 2015



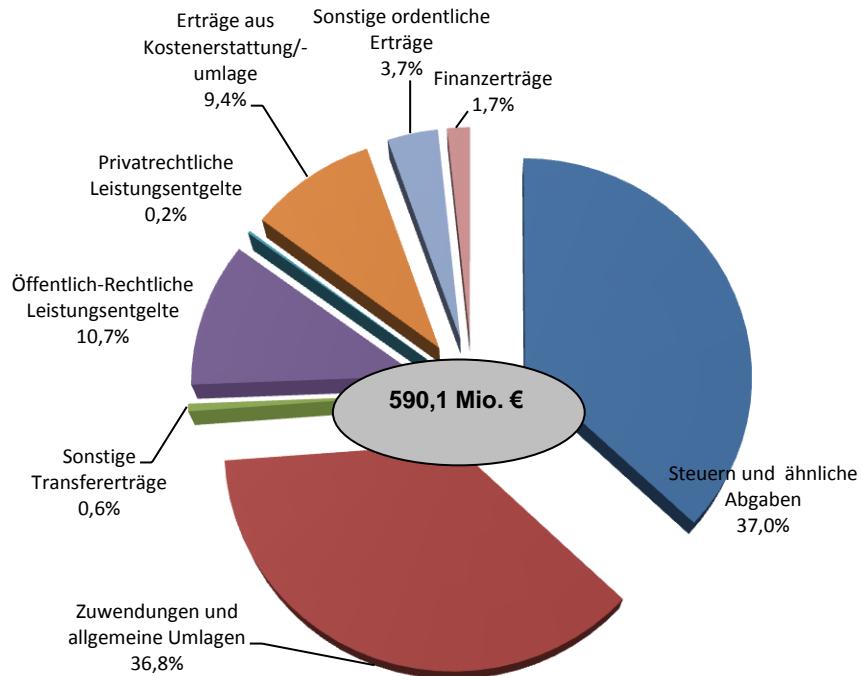
Der durch die Bezirksregierung Arnsberg genehmigte fortgeschriebene Haushaltsansatz 2015 stellt sich wie folgt dar:

**Plan 2015:** Der Haushaltsplan wird im Ergebnisplan 2015 mit voraussichtlichen anfallenden **ordentlichen Erträgen** von **580,3 Mio. €** und **ordentlichen Aufwendungen von 578,1 Mio. €** festgesetzt. Daraus ermittelt sich ein zu erwartender Überschuss (**Ordentliches Ergebnis**) in Höhe von **Mio. 1,6 Mio. €**.

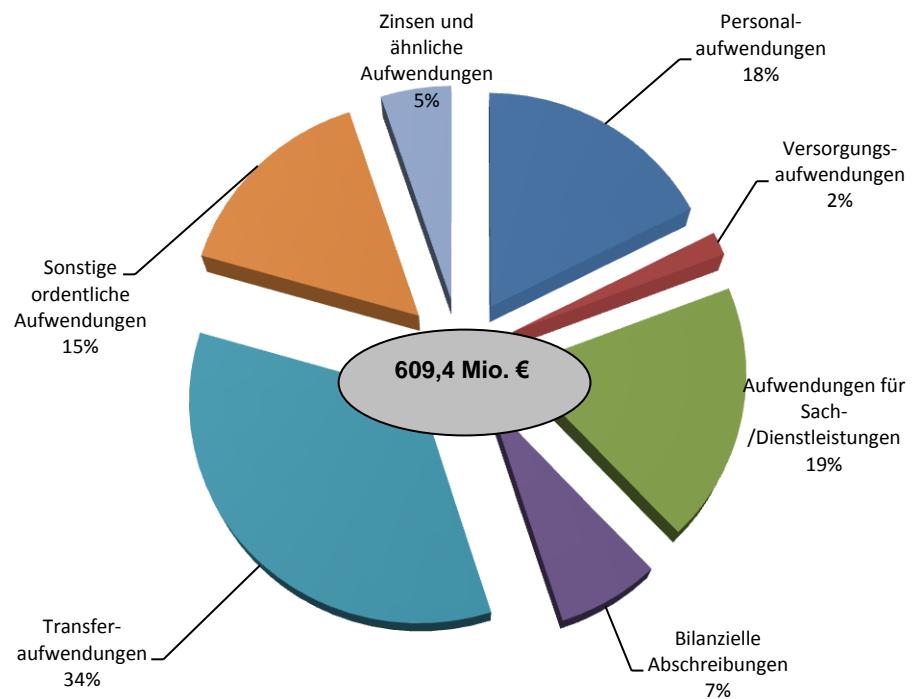
Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses (21,5 Mio. € Fehlbetrag), das sich aus Finanzerträgen in Höhe von 9,8 Mio. € und Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen in Höhe von 31,3 Mio. € zusammensetzt, ergibt sich ein geplanter **Jahresfehlbetrag** in Höhe von **19,4 Mio. €**.

## Fortschreibung 2015

**Ertragsstruktur:**



**Aufwandsstruktur:**



Die vorliegenden Grafiken stellen die Ertrags- und Aufwandsstruktur dar. Auf den Folgeseiten werden die Haushaltspositionen näher erläutert und die absoluten Werte aufgeführt.

## Erläuterung zu den Haushaltspositionen:

Nr.	Haushaltsposition	Ansatz 2015
1	<b>Steuern u. ähnliche Abgaben:</b> Die Fortschreibung 2015 sieht einen Ertrag in Höhe von 218,6 Mio. € unter der Position Steuern und ähnliche Abgaben vor. Die Gewerbesteuer umfasst ca. 76,5 Mio. €, gefolgt von der Grundsteuer B mit ca. 47,9 Mio. €. Bei den übrigen Erträgen handelt es sich um die Vergnügungssteuer (4,5 Mio. €), um die Hundesteuer (1,6 Mio. €) sowie den kommunalen Anteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer (81,1 Mio. €). Weitere 6,9 Mio. ergeben sich aus der Leistung des Familienleistungsausgleiches.	218,6 Mio. €
2	Die Ertragsposition " <b>Zuwendungen und allg. Umlagen</b> ," beinhaltet die Schlüsselzuweisungen des Landes in Höhe von 132,6 Mio. €. Weitere 35,9 Mio. € wurden für die Konsolidierungshilfe nach dem Stärkungspaktgesetz angesetzt. Die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke belaufen sich auf 37,3 Mio. € und die Auflösungen aus Sonderposten betragen ca. 10,5 Mio. €, sowie allgemeine Umlagen 0,6 Mio. €.	217,0 Mio. €
3	Unter " <b>Sonstige Transfererträge</b> " sind überwiegend die Aufwendungs- und Kostenersätze für Leistungen der Sozialleistungsträger aufgeführt (2,8 Mio. €). U.a. beinhaltet die Position auch die Umlagezahlung vom VRR (0,5 Mio. €).	3,3 Mio. €
4	Die Position " <b>Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte</b> ," beinhaltet u.a. die Verwaltungsgebühren (6,0 Mio. €), die Benutzungsgebühren u. ähnliche Entgelte (52,9 Mio. €), sowie die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (4,1 Mio. €).	63,1 Mio. €
5	Der Ansatz bei den " <b>Privatrechtlichen Leistungsentgelten</b> ," umfasst Erträge aus Eintrittsgeldern (0,2 Mio. €), Erträge aus Verkauf (0,4 Mio. €), sowie Miet- und Pachterträge (0,1 Mio. €) und sonstige privatrechtl. Leistungsentgelte (0,5 Mio. €).	1,2 Mio. €
6	Die " <b>Kostenerstattungen und Kostenumlagen</b> " sind im Wesentlichen dem Produktbereich 31 Soziale Leistungen (47 Mio. €) zuzuordnen. U.a. für die Leistungsbeteiligung an der Grundsicherung (20,4 Mio. €) und der Leistungsbeteiligung für Unterkunft u. Heizung (12,8 Mio. €). Weitere Erstattungen ergeben sich u.a. im Produktbereich „Innere Verwaltung“ mit ca. 5,6 Mio. €. Die restlichen Kostenerstattungen und Kostenumlagen verteilen sich auf die anderen Produktbereiche.	55,2 Mio. €
7	Unter der Position " <b>Sonstige ordentliche Erträge</b> ," verbergen sich 12 Mio. € Konzessionsabgaben, 8,8 Mio. € weitere sonstige ordentliche Erträge (u.a. Bußgelder, Verwarngelder, Säumniszuschläge, Gewerbesteuer-Nachzahlungszinsen), andere sonstige ordentliche Erträge (0,7 Mio. €) wie Bürgschaftsprovisionen und Schadensersatzleistungen, sowie 0,5 Mio. € Auflösung v. Rückstellungen.	22,0 Mio. €
19	<b>Finanzerträge</b> Dieser Ansatz beinhaltet die voraussichtliche Gewinnausschüttung von verbundenen Unternehmen WBH (3 Mio. €), HEB (0,7Mio. €) und Sparkasse (6 Mio. €).	9,7 Mio. €

## Erläuterung zu den Haushaltspositionen:

Nr.	Haushaltsposition	Ansatz 2015
11	Die <b>Personalaufwendungen</b> beinhalten neben Dienstaufwendungen (77,6 Mio. €) weitere Personalkosten wie Beiträge zu Versorgungskassen (3,8 Mio. €) und gesetzlicher Sozialversicherung (9,9 Mio. €) sowie Beihilfen (1,9 Mio. €). Weitere 11,2 Mio. € Pensionsrückstellungen, sowie 1,4 Mio. € Beihilferückstellungen sind ebenfalls angesetzt worden. Die Position Personalaufwendungen beinhaltet u.a. auch 1 Mio. € Honoraraufwendungen.	<b>106,8 Mio. €</b>
12	Der Haushaltsansatz bei den <b>Versorgungsaufwendungen</b> beträgt 10,5 Mio. €.	<b>10,5 Mio. €</b>
13	Die Position " <b>Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen</b> " in Höhe von 111,4 Mio. € beinhaltet u.a. 3,3 Mio. für Instandhaltung der Grundstücke, bauliche Anlagen und des Infrastrukturvermögens. Weitere 48,7 Mio. € entfallen auf die Erstattung von Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit. Ca. 50,7 Mio. € wurden für die Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen und des Infrastrukturvermögens angesetzt. Weitere 1,5 Mio. € beinhalten die Unterhaltung des beweglichen Vermögens. Ca. 6,4 Mio. € betreffen die besondere Verwaltung- und Betriebsaufwendungen (u.a. fallen darunter: Lernmittel, Schülerbeförderungskosten, Festwert Bücherei; Lehr- und Unterrichtsmittel an). Neben 1,1 Mio. € für den Erwerb von Waren, fallen 2,5 Mio. € für Dienstleistungen an.	<b>114,1 Mio. €</b>
14	Der Ansatz bei den <b>bilanziellen Abschreibungen</b> beträgt 43,1 Mio. €. Die Abschreibungsquote liegt somit bei 7%.	<b>43,1 Mio. €</b>
15	Die <b>Transferaufwendungen</b> in Höhe von 209,6 Mio. € sind die größte Position auf der Aufwandsseite. Einen besonders hohen Anteil haben die Transferaufwendungen im Produktbereich "31 Soziale Leistungen" (53,3 Mio. €) und "36 Kinder- und Jugend- und Familienhilfe" (57,4 Mio. €). Im Produktbereich "21 Schulträgeraufgaben" sind unter dieser Position ca. 5,7 Mio. € für die Weiterleitung der Landeszuweisung an Träger des Ganztagsbetriebs aufgeführt. Unter Transferaufwendungen sind u.a. auch die Gewerbesteuerumlage (5,1 Mio. €), die Finanzierungsbeteiligung an den Fond Deutscher Einheit (5,0 Mio. €), die allgemeine Umlage an den Landschaftsverband (47,3 Mio. €), sowie die Umlagezahlung an den VRR (1,9 Mio. €) aufgeführt. Weitere 28,5 Mio. € fallen für Zuschüsse an verbundene Unternehmen an. Unter anderem HVG (11,9 Mio. €), HAGENagentur (1,3 Mio. €), Stadthalle (0,5 Mio. €), Verkehrsverbund Rhein Ruhr (0,5 Mio. €) und Theater (14 Mio. €). 2,1 Mio. € stellen die Krankenhauspauschale dar. Die restlichen Transferaufwendungen verteilen sich auf die anderen Produktbereiche.	<b>209,6 Mio. €</b>

## Erläuterung zu den Haushaltspositionen:

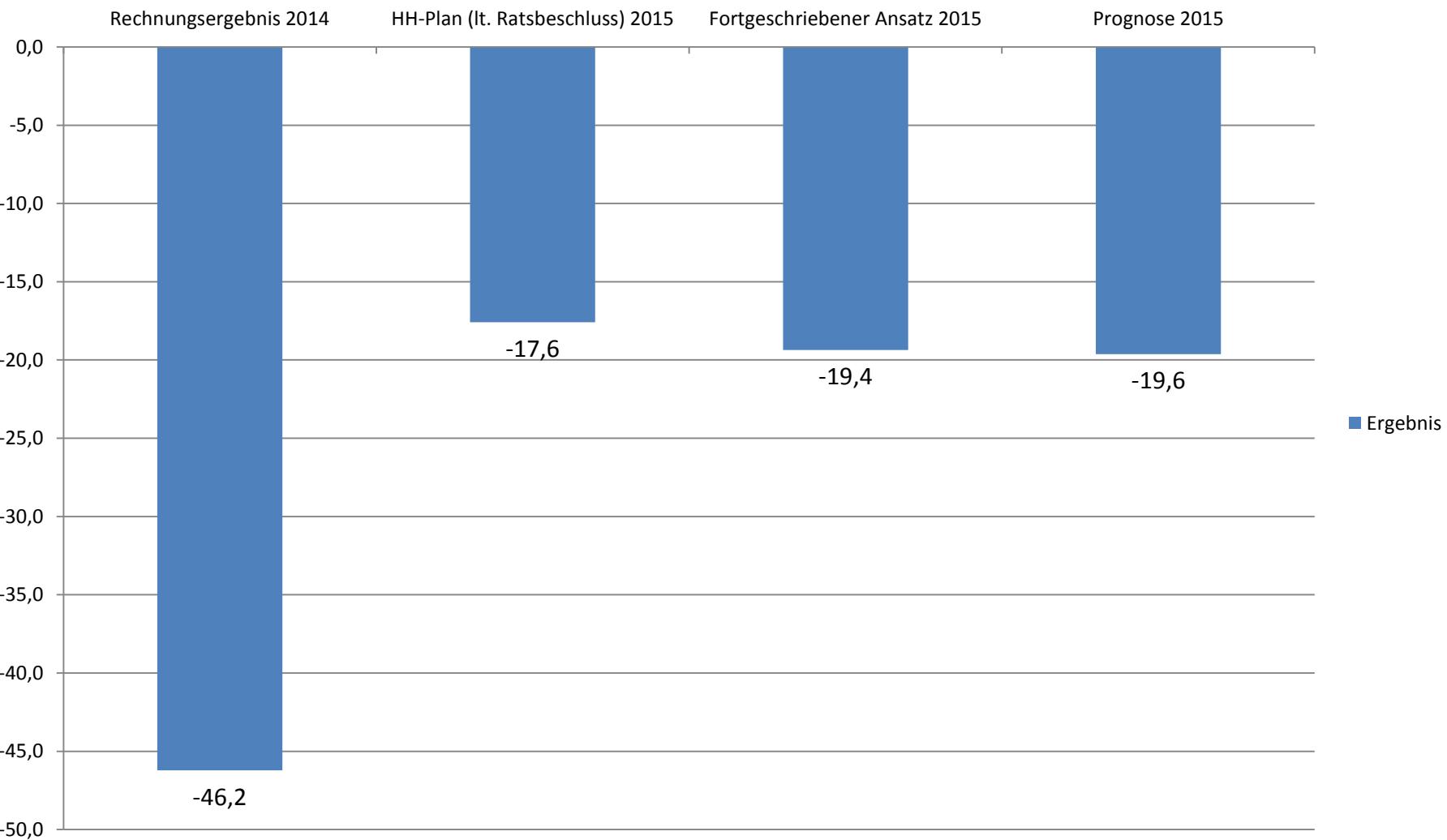
Nr.	Haushaltsposition	Ansatz 2015
16	Die Position " <b>Sonstige ordentliche Aufwendungen</b> " beinhaltet überwiegend die Leistungsbeteiligung für Heizung/Unterkunft f. Arbeitssuchende mit einem Planwert in Höhe von insgesamt 51,5 Mio. €. Weitere Ansätze ergeben sich für einmalige Leistungen (ca. 1 Mio. €) für Arbeitssuchende und Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (ca. 1,4 Mio. €). Die sonstigen Personal- und Versorgungsaufwendungen in Höhe von 1,1 Mio. € beinhalten u.a. Aus - und Fortbildung, Reisekosten und Dienstschutzkleidung. Für die Aufwendungen f. die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten sind ca. 19,0 Mio. € angesetzt worden. (Es fallen u.a. hier Mietaufwendungen (Mieter-Vermieter-Modell), Prüfungen, Beratungen, Bankgebühren, etc.an). Für Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Druckkosten, Porto, IT-Netzbereitstellung, IT-Gebühren, IT-Betreuung, etc.) wurden ca. 14,6 Mio. € angesetzt. Für Steuern, Versicherungen und Schadensfälle sind weitere 4,4 Mio. € geplant. Die Fraktionszuwendungen und die Gewerbesteuererstattungszinsen werden ebenfalls unter dieser Position angesetzt.	<b>94,0 Mio. €</b>
20	Die Position „ <b>Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen</b> “ wurde mit 31,3 Mio. € angesetzt.	<b>31,3 Mio. €</b>

## II. Teil

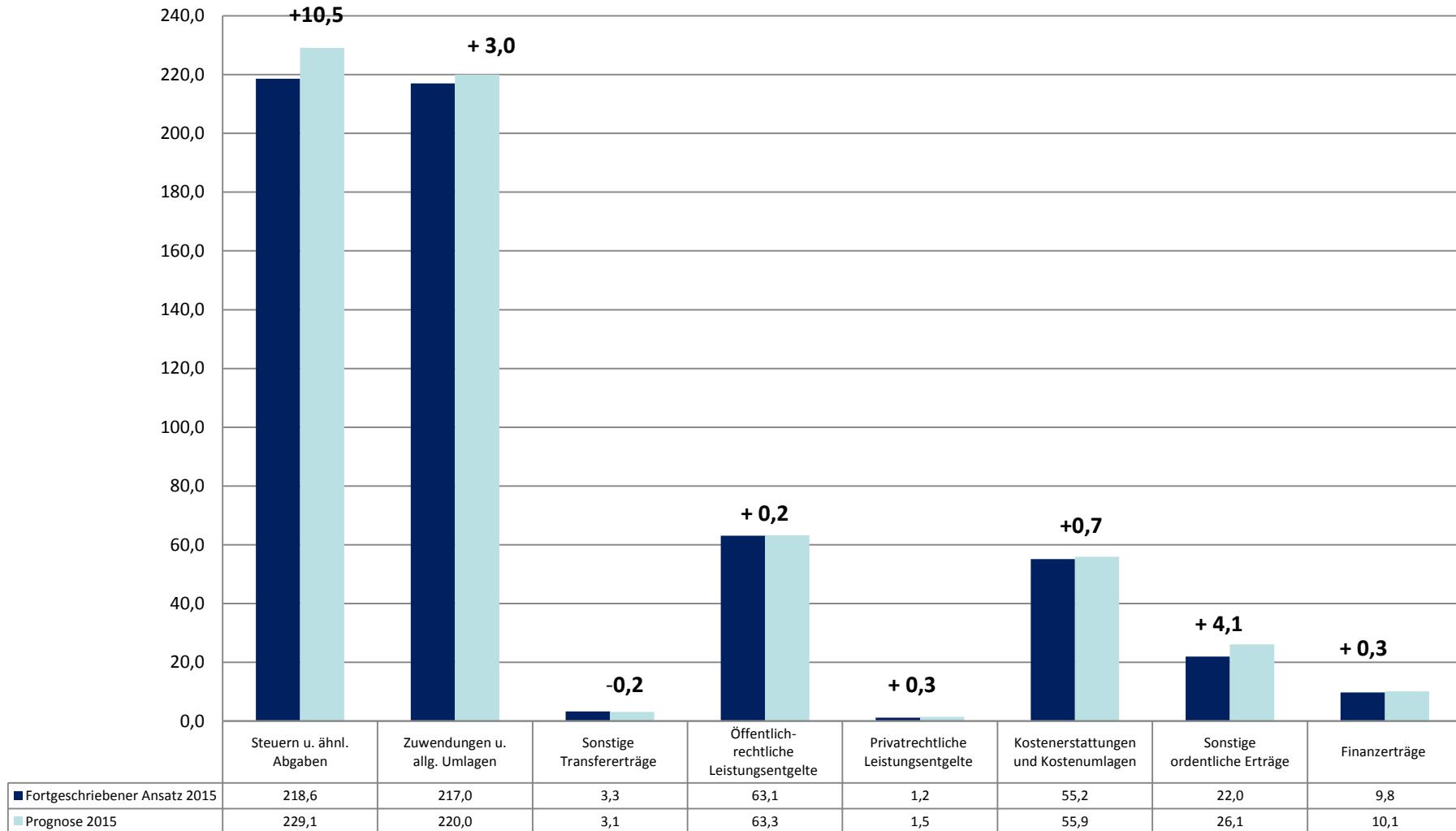
# Stand der voraussichtlichen Ergebnisrechnung 2015

## Entwicklung Fehlbetrag ab 2014

### Ergebnis

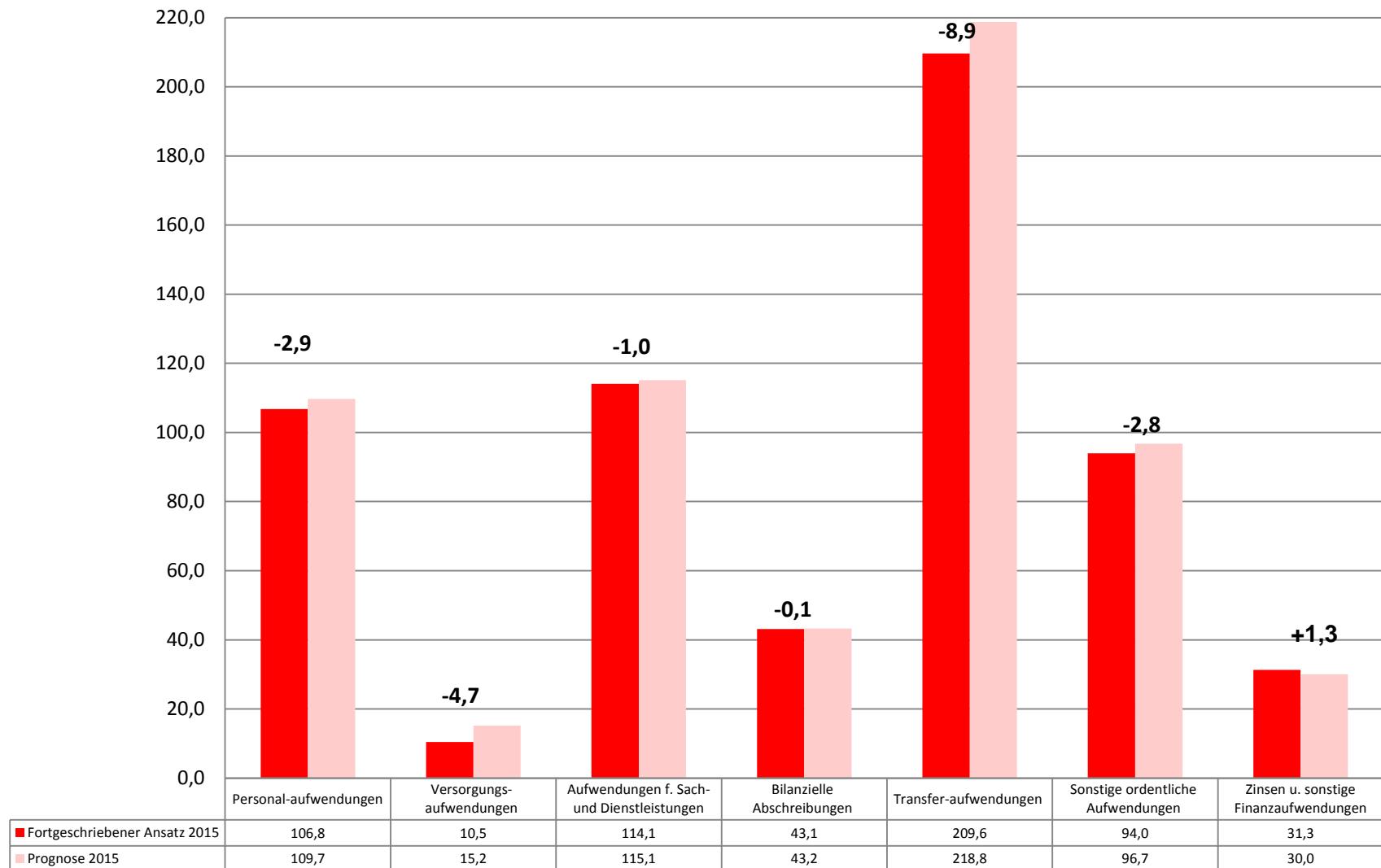


## Erträge – Abweichung Fortschreibung zu Prognose 2015



Die Zahlen oberhalb der Säulen stellen die Plan/IST-Abweichung 2015 dar. + = Verbesserung; - = Verschlechterung.

## Aufwendungen – Abweichung Fortschreibung zu Prognose 2015



Die Zahlen oberhalb der Säulen stellen die Plan/IST-Abweichung 2015 dar. + = Verbesserung; - = Verschlechterung.

## Kurzanalyse

Ergebnisrechnung (Stadt Hagen)	Fortschreibung 2015 (in Mio. €)	Prognose 2015 (in Mio. €)	Abw. (abs. )	Verbesserung/ Verschlechterung
Ordentliche Erträge	-580,3	-599,0	18,7	
Ordentliche Aufwendungen	578,1	598,7	-20,6	
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-2,2</b>	<b>-0,3</b>	<b>-1,9</b>	<b>Verschlechterung</b>
Finanzerträge	-9,8	-10,1	0,3	
Finanzaufwendungen	31,3	30,0	1,3	
<b>Finanzergebnis</b>	<b>21,5</b>	<b>19,9</b>	<b>+1,6</b>	<b>Verbesserung</b>
<b>GESAMTERTRÄGE</b>	<b>-590,1</b>	<b>-609,1</b>	<b>19,0</b>	
<b>GESAMTAUFWENDUNGEN</b>	<b>609,4</b>	<b>628,7</b>	<b>-19,3</b>	
<b>Gesamtergebnis (Fehlbetrag):</b>	<b>19,35</b>	<b>19,62</b>	<b>-0,27</b>	<b>Geringfügige Abweichung</b>

Die **Erträge** liegen um ca. **+19,0 Mio. €** über den Planansätzen. Die **Aufwendungen** werden um ca. **– 19,3 Mio. € überschritten**, so dass sich daraus im Ergebnis eine geringfügige Abweichung ergibt.

Somit kann der geplante Fehlbetrag nach aktuellen Erkenntnissen voraussichtlich eingehalten werden (Stand Prognose II. Quartal).

Es ist zu beachten, dass insbesondere bei **Mehrerträgen** aufgrund erhöhter Landeszweisungen oder erhöhter Kostenerstattungen in den meisten Fällen **auch höhere Aufwendungen gegenüberstehen**.

Plan/Ist Abweichungen, die sich bei den Gebühren ergeben, werden durch die Auflösung u. Zuführung von Sonderposten neutralisiert.

**Positive Effekte auf der Ertragsseite** sind u.a. durch die aktuell positive Entwicklung der Gewerbesteuer (Saldo: ca. +9,5 Mio. €), sowie einmalige Effekte, wie die Mehreinnahmen bei den BuT Leistungen (+1,3 Mio. €). Hier hatte der Bund beabsichtigt, überzahlte Mittel zurückzufordern. Gegen diese Rückforderung wurde seitens des Landes NRW (u.a.) Klage erhoben. Der Bund hat die Klage verloren und in 2015 die verrechneten Beträge zuzügl. Zinsen zurückgezahlt.

Bei den ordentlichen **Aufwendungen** stellen sich **Mehrbelastungen insbesondere im Sozialbereich** ein, u.a. durch die Kosten der Unterkunft für Arbeitssuchende (Saldo: -0,7 Mio. €), sowie durch die steigende Anzahl von Asylbewerbern (Saldo: -ca. 1,8 Mio. €), und durch zunehmende Kosten bei der Integrativen Schulung (-0,54 Mio. €). Weitere Mehrbelastungen fallen ebenfalls im Bereich der Pflege (0,86 Mio. €) an.

Im Bereich der **Kinder- und Jungendhilfe** sind u.a. weitere 2,1 Mio. € Mehrbelastungen prognostiziert worden, aufgrund des zunehmenden Fallaufkommens bei der Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in stationären Einrichtungen und Pflegefamilien - insbesondere wurde eine Steigerung bei den in kostenintensiven sog. „Profipflegefamilien“ verzeichnet.

Durch weitere **Zuschusszahlungen** an die **HVG** (-0,7 Mio. €) und an das **Theater** (-0,9 Mio. €) verschlechtert sich das Ergebnis um weitere 1,6 Mio. € gegenüber der Fortschreibung.

Die Veränderung des Umlagesatzes **LWL** auf 16,5% führt zu einer Mehrbelastung von -0,6 Mio. €.

Bei den **Personalaufwendungen** ist die negative prognostizierte Abweichung (-2,8 Mio. €) u.a. durch Tariferhöhungen, Besoldungs-erhöhungen und Neueinstellungen vor allem in den „Spezialberufen“, für die kein geeignetes Personal zur Verfügung stand, zu begründen.

Bei den **Versorgungsaufwendungen** ist der voraussichtliche Anstieg (-4,7 Mio. €) des Gesamtaufwandes zum Teil durch die Übertragung des Tarifabschlusses des TV-L auf die Beamten entstanden. Weiterhin steigt die Anzahl der Versorgungsempfänger. Zum anderen führen die Veränderungen der Berechnungsvorgaben in 2014 zu einem Anstieg der Rückstellungen im Versorgungsbereich. Es ist nur eine geringere aufwandsmindernde Inanspruchnahme möglich.

Den negativen Abweichungen beim Personal (-2,8 Mio. €) und Versorgung (-4,7 Mio. €) muss ebenfalls die **Auflösung der Rückstellung für Besoldung und Versorgung** i.H.v. (+ 2,1 Mio. €) gegenübergestellt werden.

Bei der bisherigen **Zinsentwicklung** ist von ca. +1,3 Mio. € Unterschreitung auszugehen, was sich auf das voraussichtliche Ergebnis positiv auswirken könnte.

Alle weiteren Erläuterungen zwischen Plan und Prognose sind auf den Folgeseiten dargestellt.

### III. Teil

Erläuterung zu  
den Abweichungen und Ursachen  
Prognose 2015  
- auf Haushaltspositionsebene-

## Voraussichtliche Ergebnisrechnung 2015 ( Haushaltspositionsebene):

Pos.	Planung u. Bewirtschaftung	Rechnungs- ergebnis	HH-Plan (lt. Ratsbeschluss)	Fortgeschriebener Ansatz 2015	Prognose	Abw.	Abw.	Auswirkung
		2014 €	2015 €	2015 €	2015 €	€	in %	
1	Steuern u. ähnl. Abgaben	-202.373.289	-238.520.568	-218.585.254	-229.072.317	10.487.063	4,8%	
2	Zuwendungen u. allg. Umlagen	-206.275.417	-204.026.699	-216.975.320	-220.039.152	3.063.832	1,4%	
3	Sonstige Transfererträge	-3.148.269	-3.295.059	-3.295.059	-3.116.388	-178.671	-5,4%	
4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-63.472.076	-63.179.789	-63.123.989	-63.279.873	155.884	0,2%	
5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.983.414	-1.650.684	-1.150.684	-1.489.706	339.022	29,5%	
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-55.637.806	-52.168.604	-55.175.652	-55.901.207	725.555	1,3%	
7	Sonstige ordentliche Erträge	-34.230.777	-21.940.862	-21.955.862	-26.093.917	4.138.055	18,8%	
8	Aktivierte Eigenleistungen							
9	Bestandsveränderungen							
10	<b>Ordentliche Erträge</b>	<b>-569.121.048</b>	<b>-584.782.265</b>	<b>-580.261.820</b>	<b>-598.992.560</b>	<b>18.730.740</b>	<b>3,2%</b>	<b>Mehrertrag</b>
11	Personalaufwendungen	127.444.855	103.094.350	106.802.144	109.681.111	-2.878.967	-2,7%	
12	Versorgungsaufwendungen	23.223.881	10.428.301	10.472.717	15.159.648	-4.686.931	-44,8%	
13	Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen	111.149.336	114.282.111	114.090.410	115.111.358	-1.020.948	-0,9%	
14	Bilanzielle Abschreibungen	48.001.047	43.122.454	43.122.454	43.244.507	-122.053	-0,3%	
15	Transferaufwendungen	190.901.820	212.430.754	209.649.577	218.785.381	-9.135.804	-4,4%	
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	96.628.521	89.851.097	93.979.259	96.741.207	-2.761.948	-2,9%	
17	<b>Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>597.349.460</b>	<b>573.209.066</b>	<b>578.116.560</b>	<b>598.723.212</b>	<b>-20.606.651</b>	<b>-3,6%</b>	<b>Mehraufwand</b>
18	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>28.228.412</b>	<b>-11.573.199</b>	<b>-2.145.260</b>	<b>-269.348</b>	<b>-1.875.911</b>	<b>-87,4%</b>	<b>Ergebnisverschlechterung</b>
19	Finanzerträge	-12.054.411	-10.150.100	-9.774.100	-10.115.555	341.455	3,5%	
20	Zinsen u. sonstige Finanzaufwendungen	30.038.568	39.309.550	31.274.550	30.008.742	1.265.808	4,0%	
21	<b>Finanzergebnis</b>	<b>17.984.157</b>	<b>29.159.450</b>	<b>21.500.450</b>	<b>19.893.187</b>	<b>1.607.263</b>	<b>7,5%</b>	<b>Ergebnisverbesserung</b>
22	<b>Ergebnis aus der laufenden Verwaltungstätigkeit (Defizit)</b>	<b>46.212.569</b>	<b>17.586.251</b>	<b>19.355.190</b>	<b>19.623.839</b>	<b>-268.648</b>	<b>-1,4%</b>	<b>Ergebnisverschlechterung</b>

\* Die Abweichungen beziehen sich auf die Fortschreibung 2015.

## Erläuterungen zu den größten Abweichungen:

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	Prognose 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
1 ) Steuern u. ähnliche Abgaben	-218.585.254	-229.072.317	10.487.063	4,8%	Nr. 1.1-1.7			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 1.1	Grundsteuer A+B	-47.940.000	-47.894.003	-45.997	-0,1%	<b>Mehrertrag</b>	VB2/ 20	61	401100/401200
Nr. 1.2	Gewerbesteuer	-76.470.588	-87.400.000	10.929.412	14,3%	<b>Mehrertrag</b> (Saldo: 9,5 Mio. €) korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 15.11	VB2/ 20	61	401300
Nr. 1.3	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-68.652.053	-66.933.785	-1.718.268	-2,5%	<b>Minderertrag</b>	VB2/ 20	61	402100
	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	-12.487.406	-13.789.206	1.301.800	10,4%	<b>Mehrertrag</b>	VB2/ 20	61	402200
Nr. 1.4	Vergnügungssteuer	-4.463.000	-4.343.000	-120.000	-2,7%	korrespondiert mit 1.6	VB2/ 20	61	403100
Nr. 1.5	Hundesteuer	-1.600.000	-1.700.000	100.000	6,3%	<b>Mehrertrag</b>	VB2/ 20	61	403200
Nr. 1.6	Wettbürosteuern( 120 T€) + Steuer auf sexuelle Vergnügungen ( 30 T€)	-30.000	-150.000	120.000	Nicht im Plan	korrespondiert mit 1.4	VB2/ 20	62	403700
Nr. 1.7	Familienleistungsausgleich	-6.942.207	-6.862.323	-79.884	-1,2%	<b>Minderertrag</b>	VB2/ 20	61	405100

### Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 1.1	Die Prognose basiert auf dem aktuellen Anordnungssoll.
Nr. 1.2	Die Gewerbesteuer liegt aktuell mit ca. 10,9 Mio. € über dem fortgeschriebenen Haushaltssatz. Unter Berücksichtigung der Gewerbesteuerumlage (-1,4 Mio. €), siehe Erläuterungs-Nr. 15.11, ergibt sich daraus ein Mehrertrag in Höhe von ca. 9,5 Mio. €.
Nr. 1.3	1.) Der Anteil an der Einkommenssteuer, der auf das Land NRW entfällt, ist gem. des beschlossenen Landeshaushalts 2015 um knapp 189 Mio. € gegenüber der vorherigen Planung gesunken. Der Anteil der Stadt Hagen verschlechtert sich entsprechend. 2.) Der Anteil an der Umsatzsteuer, der auf das Land NRW entfällt, ist gem. des beschlossenen Landeshaushalts 2015 um gut 118 Mio. € gegenüber der vorherigen Planung gestiegen. Der Anteil der Stadt Hagen verbessert sich entsprechend.
Nr. 1.4 +1.6	Der Ansatz Wettbürosteuern von 120.000 € wurde im Rahmen der Haushaltssatzung noch unter der Kostenart "Vergnügungssteuer" geplant.
Nr. 1.5	Die Mehreinnahmen aus der Konsolidierungsmaßnahme Hundebestandsaufnahme werden zum Teil schon in 2015 realisiert.
Nr. 1.7	Die Festsetzung des Finanz- und Lastenausgleichs mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden für das Jahr 2014 erfolgte mit Bescheid vom 08.04.2015 und weist mit 6.862.323 € einen Betrag aus, der um 79.884 € unter der Planung 2015 liegt.

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	Prognose 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
2) Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	-216.975.320	-220.039.152	3.063.832	1,4%	Nr. 2.1-2.4			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 2.1	Landeszweisungen für Hilfen zum Lebensunterhalt und Krankenhilfe (Asyl)	-769.500	-2.607.200	1.837.700	238,8%	korrespondiert mit Mehraufwendungen (siehe Erläuterungsnr.15.6) Der Saldo beträgt: <b>1,8 Mio. € Mehrbelastung</b>	VB3/ 55/5	31	414100
Nr. 2.2	Zuweisungen (Kompensationsanträge für MitarbeiterInnen in der Freizeitphase Altersteilzeit)	-400.000	-500.000	100.000	25,0%	Korrespondiert mit Mehraufwendungen bei den Personalkosten.	VB1/ 11	verschiedene	414400
Nr. 2.3	Auflösung von Sonderposten	-10.530.480	-11.091.318	560.838	5,3%	korrespondiert u.a. mit Abschreibungen	VB2/ 20	verschiedene	416***
Nr. 2.4	Sportpauschale	-370.000	-687.000	317.000	85,7%	Ergebnisneutral - korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 13.5	VB3/SZS	42	414100

#### Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 2.1	Auf Grund einer erhöhten Asylbewerberzahl kommt es zu höheren Landeszweisungen. Die Ertragsposition korrespondiert u.a. mit höheren Transferaufwendungen (siehe Erläuterungs-Nr. 15.6). Der Saldo beträgt somit ca. 1,8 Mio. € (Mehrbelastung).
Nr. 2.2	Abhängig von den möglichen Kompensationsanträgen für MitarbeiterInnen in der Freizeitphase Altersteilzeit. Die Zuweisungen werden für ehemalige Ausbildungskräfte in der sozialen Übergangslösung u.a. mit der Bezirksregierung abgestimmte Einstellungen gewährt. Insbesondere im Bereich der Kindergärten wird vielfach mit befristeten Verträgen gearbeitet, um Betreuungsgenpässe auszugleichen, diese sind in großen Teilen an das Kindergartenjahr gekoppelt (bis 31.07. eines Jahres), eine Fortführung ist immer ungesichert, sodass die Prognose unterjährig angepasst wird. Korrespondiert mit Personalaufwendungen.
Nr. 2.3	Die Auflösung der Sonderposten ist analog der Nutzungsdauer des Anlagevermögens vorzunehmen. Der durch die Abschreibung in der Ergebnisrechnung angesetzte Aufwand wird so, zumindest anteilig, durch die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten finanziert, bzw. neutralisiert. Der Prognosewert ist gem. der Abschreibungssimulation zzgl. abzgl. voraussichtlicher Aktivierung/Sonderpostenbildung 2015 ermittelt worden.
Nr. 2.4	Mittel Sportpauschale für konsumtive Maßnahmen -korrespondiert mit Aufwand - siehe Erläuterungs-Nr. 13.5.

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	Prognose 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
3) Sonstige Transfererträge	-3.295.059	-3.116.388	-178.671	-5,4%	Nr. 3.1			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 3.1	Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen Leistungen nach dem Unterhaltvorschussgesetz (UVG)	-606.309	-400.000	-206.309	-34,0%	Minderertrag (korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 13.3. Saldo ca. -111 T€. )	VB3 /55/7	31	421200
---------	---	----------	----------	----------	--------	--	-----------	----	--------

#### Allgemeine Erläuterung

Nr. 3.1	1.) Der dargestellte Wert stellt den Erstattungsanteil des Landes an den UVG-Leistungen. Der Minderertrag korrespondiert mit geringeren Aufwendungen (siehe Erläuterungs-Nr. 13.3 Die Mehrbelastung liegt bei ca. -111 T€).
---------	---

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	Prognose 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
4) Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-63.123.989	-63.279.873	155.884	0,2%	Nr. 4.1- 4.2			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 4.1	Verwaltungsgebühren (Überwachung fließender Verkehr)	-389.000	-530.000	141.000	36,2%	<b>Mehrertrag</b>	VB4/32	12	431100
Nr. 4.2	Verwaltungsgebühren (Bauanträge)	-948.000	-800.000	-148.000	-15,6%	<b>Minderertrag</b>	VB5/61		431100

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 4.1	Durch die erhöhte Überwachung der Geschwindigkeit durch die Autobahnpolizei sind auch Mehreinnahmen bei den Bußgeldern zu verzeichnen.
Nr. 4.2	Baugebühren: Voraussichtliche Mindereinnahmen von ca. 150.000 € mangels Großprojekten und Leerständen einiger Shops sowie Verzögerung der Bauanträge für die Büroetage der Rathaus-Galerie.

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	Prognose 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
5) Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.150.684	-1.489.706	339.022	29,5%	Nr. 5.1			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 5.1	Eintrittsgelder Osthaus -Museum (u.a. Ausstellung Hundertwasser )	-165.000	-440.000	275.000	166,7%	korrespondiert u.a. (siehe Erläuterungs-Nr. 13.4)	VB4/49	25	446200
---------	---	----------	----------	---------	--------	---	--------	----	--------

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 5.1	Die Abweichung resultiert überwiegend aus den Eintrittsgeldern für die Hundertwasserausstellung (Insgesamt ca. 340 T€ Erlöse). Mit dem Erlös werden die Kosten der Ausstellung gedeckt (siehe Erläuterungs-Nr. 13.4. ) Für die Hundertwasserausstellung wurden ca. 245 T€ Ausstellungskosten (siehe Haushaltsposition „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ ohne Werbung, Versicherung) prognostiziert.
---------	---

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	Prognose 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
6) Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	-55.175.652	-55.901.207	725.555	1,3%	Nr. 6.1-6.3			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 6.1	Bundesbeteiligung (Kosten der Unterkunft für Arbeitssuchende)	-15.747.848	-16.620.300	872.452	5,5%	siehe auch Erläuterungs-Nr. 16.1 ( <b>Mehrbelastung</b> ca. 0,7 Mio. €).	VB3 / 55/0	31	449100
Nr. 6.2	Personalkostenerstattungen	-2.510.000	-4.110.000	1.600.000	63,7%	<b>Mehrertrag</b>	VB1/ 11	11	448***
Nr. 6.3	Grundsicherung SGB XII	-19.500.000	-17.906.000	-1.594.000	-8,2%	<b>Ergebnisneutral</b> (siehe Erläuterungs-Nr. 15.8)	VB3/ 55/7	31	449600

#### Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 6.1	31,3% Erstattung des Bundes an den KdU unter (Erläuterungs-Nr. 16.1)
Nr. 6.2	Insbesondere durch die höhere Umlage für Versorgung und Beihilfe für HABIT und GWH kommt es in 2015 voraussichtlich zu einer Abweichung in Höhe von (+1,3 Mio. €). Außerdem waren Erstattungen vom Theater (Personalsachbearbeitung, Versorgungs- und Beihilfeumlage und für Personalgestellung) in Höhe von 0,2 Mio. € nicht geplant, da die politische Beschlussfassung erst nach der Haushaltplanung erfolgt ist. Der Sachverhalt ist ergebnisverbessernd. Darüber hinaus wird vom WBH ein Mehrertrag von knapp 0,1 Mio. € für die Personalsachbearbeitung erwartet
Nr. 6.3	Für die Grundsicherung erfolgt eine 100%-ige Erstattung des Bundes an den Grundsicherung-Aufwendungen (siehe Erläuterungs-Nr. 15.8)

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	Prognose 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
7) Sonstige ordentliche Erträge	-21.955.862	-26.093.917	4.138.055	18,8%	Nr. 7.1-7.6			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 7.1	Säumniszuschläge, Nebenforderungen	-1.365.000	-1.500.000	135.000	10%	<b>Mehrertrag</b>	VB2/ 20	verschiedene	456200
Nr. 7.2	Bußgelder, Verwarngelder(Überwachung fließender Verkehr)	-4.020.000	-4.120.000	100.000	2%	<b>Mehrertrag</b>	VB4/ 32	12	456100+456150+456200
	Bußgelder, Verwarngelder (Überwachung ruhender Verkehr)	-1.130.000	-1.150.000	20.000	1,8%	<b>Mehrertrag</b>	VB4/ 32	12	456100+456150+456200
Nr. 7.3	Erträge aus der Auflösung v. Rückstellungen (Personal)	0	-2.298.870	2.298.870	Nicht im Plan	korrespondiert mit Personalaufwendungen + Versorgungsaufwendungen (siehe Erläuterungs-Nr. 12.1)	VB1/11	verschiedene	458211
Nr. 7.4	Verwahrbestände	0	-175.000	175.000	nicht im Plan	<b>Mehrertrag</b>	VB2/ 20	verschiedene	459900
Nr. 7.5	Einmalige BuT Leistungen	0	-1.259.976	1.259.976	nicht im Plan	<b>Mehrertrag</b>	VB3/55/0	31	456500
Nr. 7.6	Rückstellung Urlaub und Gleitzeit	-500.000	-250.000	-250.000	-50,0%	<b>Minderertrag</b>	VB1/11	verschiedene	458200

#### Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 7.1	Durch die tendenziell schlechte Zahlungsmoral der Schuldner erhöhen sich die Erträge in diesem Bereich. Konsolidierungsmaßnahme 14_20.003 neu mit 15.000 € enthalten.
Nr. 7.2	Überwachung des fließenden Verkehrs : Konsolidierungsmaßnahme 14_32.002 (Geschwindigkeitsüberwachung). Überwachung ruhender Verkehr (+20.000€): weitere 0,5 Stelle seit 2014 besetzt, höhere Bußgelder bei Plakettenverstößen "Umweltzone"
Nr. 7.3	Die Auflösung der Rückstellung für Besoldung und Versorgung wird i.H.v. 2,1 Mio. € prognostiziert. Die Übertragung der Rückstellung für Gleitzeit und Urlaub zur Theater Hagen gGmbH erfolgte i.H.v. 198.869 €.
Nr. 7.4	Es handelt sich hier um alte Verwahrbestände (ungeklärte Fälle von Zahlungseingängen), die zunächst auf eine Klärungsliste landen und nicht den Fachämter zugeordnet werden konnten. Diese Verwahrbestände werden dann nach einiger Zeit aufgelöst und führen zu einem periodenfremden Mehrertrag.
Nr. 7.5	<p>Die Abweichung setzt sich zusammen aus 1.) BuT-Rückerstattung 1.155.682,35€ : Der Bund hat im Jahre 2012 einen pauschalen Kostenanteil für BuT ( Bildung und Teilhabe ) i.H.v. 5,4% an den Kosten der Unterkunft (KdU) geleistet. Dadurch erhielt die Stadt Hagen 2012 Leistungen i.H.v. 2.476.827€ bei einem BuT-Aufwand von 1.339.263€. Der zu viel erhaltene Betrag i.H.v. 1.137.564€ wurde in die Folgejahre übertragen, da der Bund beabsichtigte, die überzahlten Mittel zurückzufordern. Gegen diese Rückforderung wurde seitens des Landes NRW (u.a.) Klage erhoben. Der Bund hat die Klage verloren und in 2015 die verrechneten Beträge zuzügl. Zinsen zurückgezahlt. Die 1.155.682,35€ sind somit ein einmaliger Effekt.</p> <p>2.) Die einmalige Erstattung von Beweiserhebungskosten i.H.v. rd. 102.562,06€ resultiert aus der Endabrechnung 2014 der Stadt Dortmund, die die Aufgaben des Versorgungsamtes für die Städte Dortmund, Bochum und Hagen wahrt.</p> <p>Beweiserhebungskosten sind Leistungen für Prozess- und Gerichtskosten im Bereich Schwerbehindertenangelegenheiten und Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz.</p> <p>Die Beweiserhebungskosten werden immer auf Grundlage der Fallzahlen des Vorvorjahres geleistet und haben bisher nicht zu einem Guthaben geführt. Durch Erhöhung der Fallpauschale zum 01.01.2014 von 56€ auf 63,50€ ist es trotz sinkender Fallzahlen zu einem Erstattungsbetrag gekommen, der jedoch nicht für die Folgejahre kalkuliert werden kann.</p>
Nr. 7.6	Nach derzeitigem Kenntnisstand ist damit zu rechnen, dass durch die Schließung an den Brückentagen und über den Jahreswechsel für die Maßnahme 13_11.001 ca. 250.000 € an Konsolidierung gemeldet werden kann.

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	Prognose 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
<b>11) Personalaufwendungen</b>	<b>106.802.144</b>	<b>109.681.111</b>	<b>-2.878.967</b>	<b>-2,7%</b>	<b>Nr. 11.1 - 11.7</b>			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 11.1	Dienstaufwendungen Beamte	28.270.099	28.559.086	-288.987	-1,0%	<b>Mehraufwand</b>	VB1/ 11	alle	501100
	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für Beamte	11.366	10.546	819	7,2%	<b>Minderaufwand</b>	VB1/ 11	alle	503100
Nr. 11.2	Zuführung für Rückstellungen Altersteilzeit Beamte	590.378	671.570	-81.192	-14%	<b>Mehraufwand</b>	VB1/ 11	alle	501190
	Aufwandsmindernde Inanspruchnahme der Rückstellung Altersteilzeit Beamte	-1.482.697	-1.137.221	-345.476	-23,3%	<b>Mehraufwand</b>	VB1/ 11	alle	501199
Nr. 11.3	Dienstaufwendungen tariflich Beschäftigte	53.337.878	53.978.468	-640.590	-1,2%	<b>Mehraufwand</b>	VB1/ 11	alle	501200
	Beiträge zu Versorgungskassen für tariflich Beschäftigte	3.783.506	4.251.210	-467.704	-12,4%	<b>Mehraufwand</b>	VB1/ 11	alle	502200
Nr. 11.4	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte	9.825.794	10.564.583	-738.789	-7,5%	<b>Mehraufwand</b>	VB1/ 11	alle	503200
	Zuführung für Rückstellungen Altersteilzeit Tarifbeschäftigte	705.400	949.773	-244.373	-34,6%	<b>Mehraufwand</b>	VB1/ 11	alle	501290
Nr. 11.5	Aufwandsmindernde Inanspruchnahme der Rückstellung Altersteilzeit Tarifbeschäftigte	-3.789.779	-3.735.357	-54.422	-1,4%	<b>Mehraufwand</b>	VB1/ 11	alle	501299
	Zuführung Pensionsrückstellungen	11.231.848	11.231.848	0	0%	aktuell keine Planabweichung	VB1/ 11	alle	505100
Nr. 11.6	Zuführung Beihilferückstellungen	1.377.025	1.377.025	0	0%	aktuell keine Planabweichung	VB1/ 11	alle	506100
	Beihilfen (Plan 1.833 T€) u. Entschädigung f. Beschäftigte (Plan 43 T€)	1.876.000	1.876.000	0	0,0%	<b>Mehraufwand</b>	VB1/ 11	alle	504100 +504101
Nr. 11.7	Honoraraufwendungen	999.138	1.027.698	-28.560	-2,9%	<b>Mehraufwand</b>	verschiedene	alle	501950

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:	
Nr. 11.1	Die Übertragung des Tarifabschlusses des TV-L vom 20.05.2015 auf die Beamten verursacht einen Mehraufwand von ca. 100.000 €. Weitere Mehraufwendungen resultieren aus Übernahme aus Eigenbetrieben und Neueinstellungen.
Nr.11.2	Die Zahl der Beschäftigten in der Arbeitsphase des Blockmodells wird kontinuierlich abgebaut. Im Vergleich zu den Vorjahren werden die erforderlichen Zuführungen zur Rückstellung damit sukzessive geringer, die aufwandsmindernde Inanspruchnahme der Rückstellungen erhöht sich. Abweichungen resultieren aus Vertragsänderungen nach dem Zeitpunkt der Planung in Bezug auf das Altersteilzeitmodell( Teilzeitmodell oder Blockmodell) und der Laufzeit. Weiterhin führten einzelne Sterbefälle im Vorjahr zur vorzeitigen Inanspruchnahme der Rückstellung und somit zur Reduzierung der Inanspruchnahme in diesem Jahr.
Nr.11.3	Die Abweichung resultiert aus externen Neueinstellungen, die teilweise schon 2014 trotz intensiver Sparbemühungen aufgrund gesetzlicher Veränderungen durchgeführt wurden. Diese Neueinstellungen sind vor allem in den „Spezialberufen“ (wie zum Beispiel: Mehrbedarf an Erzieher/innen aufgrund der U3 Betreuung) erforderlich geworden, für die trotz Personalentwicklungsmaßnahmen kein geeignetes Personal zur Verfügung stand.
Nr.11.4	siehe auch Nr. 11.2.
Nr. 11.5	Die Prognose ist unterjährig sehr schwierig zu ermitteln. Es wurde daher im II. Quartal auf den Ansatz zurückgegriffen.
Nr. 11.6	Die Prognose ist unterjährig sehr schwierig zu ermitteln. Es wurde daher im II. Quartal auf den Ansatz zurückgegriffen.
Nr. 11.7	Die Abweichung bei den Honoraraufwendungen ist geringfügig. Sie setzt sich aus unterschiedlichen Bereichen zusammen und ist auch dort im Zusammenhang mit den Erträgen zu betrachten.

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	Prognose 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
12) Versorgungsaufwendungen	10.472.717	15.159.648	-4.686.931	-44,8%	Nr. 12.1			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 12.1	Versorgungsaufwendungen Beamte	14.649.459	14.834.134	-184.675	-1,3%	<b>Mehraufwand</b>	VB1 / 11	verschiedene	511100
	Aufwandsmindernde Inanspruchnahme der Rückstellung Versorgungsaufwendungen	-6.046.540	-1.892.926	-4.153.614	-68,7%	<b>Mehraufwand</b>	VB1 / 11	verschiedene	511109
	Versorgungsaufwendungen für tariflich Beschäftigte	0	20.000	-20.000	Nicht im Plan	<b>Mehraufwand</b>	VB1 / 11	verschiedene	511200
	Beihilfen, Unterstützung für Versorgungsempfänger.	2.750.000	2.750.000	0	0,0%	aktuell im Plan	VB2/25	verschiedene	514100
	Entschädigungen für Versorgungsempfänger bei Dienstunfällen	42.500	42.500	0	0,0%	aktuell im Plan	VB1 / 11	verschiedene	514101
	Aufwandsmindernde Inanspruchnahme der Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger	-922.702	-594.060	-328.642	-35,6%	<b>Mehraufwand</b>	VB1/ 11	verschiedene	514109

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 12.1	1.) Die Übertragung des Tarifabschlusses des TV-L auf die Beamten verursacht einen Mehraufwand. Weiterhin steigt die Anzahl der Versorgungsempfänger. 2.) Die Veränderungen der Berechnungsvorgaben in 2014 führen zu einem Anstieg der Rückstellungen im Versorgungsbereich. Es ist nur eine geringere aufwandsmindernde Inanspruchnahme möglich. Ein Wegfall aus der Versorgung führt zur ertragswirksamen Auflösung ( siehe Erläuterungs-Nr. 7.3. - Kostenart 458211 insgesamt 2,3 Mio. €)

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	Prognose 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
13) Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen	114.090.410	115.111.358	-1.020.948	-0,9%	Nr. 13.1-13.5			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 13.1	Erstattung an das Job-Center (Kommunaler Finanzanteil)	2.626.000	2.828.964	-202.964	-7,7%	<b>Mehraufwand</b>	VB3 / 55/0	31	523300
Nr. 13.2	Strom/Gas für neue angemietete Wohnungen + sonstige Unterbringungskosten (Flüchtlinge)	17.000	125.000	-108.000	-635,3%	<b>Mehraufwand</b>	VB3 / 55/5	31	527901+524101
Nr. 13.3	Erstattung an das Land (UVG-Anteil)	281.979	186.800	95.179	33,8%	korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 3.1. (Saldo: -111 T€ <b>Mehrbelastung</b> )	VB3 / 55/7	31	523100
Nr. 13.4	Ausstellungskosten Osthaus -Museum (u.a. Hundertwasser)	186.861	434.540	-247.679	-232,5%	Überwiegend ergebnisneutral (korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 5.1)	VB4/49	25	529100
Nr. 13.5	Instandhaltung (Mittel Sportpauschale)	370.000	687.000	-317.000	-85,7%	Ergebnisneutral (korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 2.4)	VB3/SZS		521530

#### Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 13.1	Der kommunale Finanzanteil ist mit 15,2 % des gesamten Job-Center Aufwands festgeschrieben. Eine Einflussmöglichkeit auf die Zahlung besteht nicht, auch wenn das kommunale Personal weiter rückläufig ist, wird von anderer Stelle die Bundesagentur die freien Stellen mit Personal nachbesetzten. Tariferhöhungen und Stellenausweitungen im Job-Center kommen hinzu.
Nr. 13.2	Durch den Anstieg der Asylbewerber kommt es zu Mehraufwendungen bei den Unterbringungskosten.
Nr. 13.3	46,7%iger Landesanteil der unter Erläuterungs-Nr. 3.1 vereinnahmten Unterhaltsbeiträge für UVG (Unterhaltsvorschuss)
Nr. 13.4	Die Abweichung resultiert überwiegend aus Aufwendungen für Ausstellungskosten im Osthaus-Museum. Im Hinblick auf die Hundertwasserausstellung liegen die Mehreinnahmen bei den Eintrittsgeldern sogar höher als die Ausstellungskosten. Siehe Erläuterungs-Nr. 5.1.
Nr. 13.5	Konsumtive Maßnahmen, die aus Mitteln der Sportpauschale finanziert werden. Der Mehraufwand korrespondiert mit Mehrerträgen (siehe Erläuterungs-Nr. 2.4)

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	Prognose 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
14) Bilanzielle Abschreibungen	43.122.454	43.244.507	-122.053	-0,3%	Nr. 14.1			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 14.1	Abschreibungen auf Forderungen (u.a. Gewerbeangelegenheiten, Ordnungswidrigkeiten, Zulassungen, Verkehrsüberwachungen)	0	129.375	-129.375	nicht im Plan	<b>Mehraufwand</b>	VB4/ 32	verschiedene	573200
----------	--	---	---------	----------	---------------	--------------------	---------	--------------	--------

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 14.1	Die Prognose ist unterjährig sehr schwierig zu ermitteln. Sie basiert auf den bisherigen Stand an Abschreibungen auf Forderungen.
----------	---

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	Prognose 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
15) Transferaufwendungen	209.649.577	218.785.381	-9.135.804	-4,4%	Nr. 15.1-15.11			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 15.1	Allgemeine Umlage LWL	47.349.359	47.926.493	-577.134	-1,2%	<b>Mehraufwand</b>	VB2/ 20	61	537200
Nr. 15.2	Pflege (Aufwendungszuschüsse)	570.000	800.000	-230.000	-40,4%	<b>Mehraufwand</b>	VB3/ 55/2	31	531825
Nr. 15.3	Eingliederungshilfe (Pflegekinder mit Behinderung)	50.000	280.000	-230.000	-460,0%	<b>Mehraufwand</b>	VB3/ 55/2	31	533180
Nr. 15.4	Integrative Beschulung	860.000	1.400.000	-540.000	-62,8%	<b>Mehraufwand</b>	VB 3/55/2	31	533183
Nr. 15.5	Hilfe zur Pflege (in Einrichtungen - vollstationär)	8.471.000	8.671.000	-200.000	-2,4%	<b>Mehraufwand</b>	VB 3/55/2	31	533230-533238
Nr. 15.6	Asylhilfe (Hilfen zum Lebensunterhalt, Krankenhilfe, weitere Kosten )	2.273.003	5.920.455	-3.647.452	-160,5%	<b>Mehraufwand</b> Korrespondiert mit höheren Landeszuweisungen (siehe Erläuterungs-Nr. 2.1) Der Saldo beträgt ca. 1,8 Mio. €*	VB3/ 55/5	31	533***
Nr. 15.7	Sonstige Hilfen für Kinder- und Jugendliche (Pflegefamilien + stationäre Heimunterbringung)	15.860.000	18.000.000	-2.140.000	-13,5%	<b>Mehraufwand</b>	VB 3/55/6	36	533290
Nr. 15.8	Grundsicherung SGB XII	19.600.000	18.000.000	1.600.000	8,2%	<b>Ergebnisneutral</b>	VB3/ 55/7	31	
Nr. 15.9	Zuschuss HVG	11.850.000	12.539.000	-689.000	-5,8%	<b>Mehraufwand</b>	VB1/ FBOB	57	531500
Nr. 15.10	Zuschuss Theater	14.061.714	14.988.051	-926.337	-6,6%	<b>Mehraufwand</b>	VB4/46	25	531500
Nr. 15.11	Gewerbesteuerumlage + Fond Deutscher Einheit	10.147.059	11.597.307	-1.450.248	-14,3%	korrespondiert mit Gewerbesteuer (siehe Erläuterungs-Nr. 1.2)	VB2/ 20	61	534100+534200

## Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 15.1	Vorl. Umlage an den LWL auf Basis der Festsetzungen zum GFG 2015, Umlagesatz 16,5 %.
Nr. 15.2	Förderung von stationären Einrichtungen und gesetzliche Ausweitung des Gewährungszeitraumes für die Kurzzeitpflege.
Nr. 15.3	Es handelt sich um eine pflichtige Leistung nach § 54 SGB XII. Es werden Hilfen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft gezahlt, so u.a. familienunterstützende Dienste, Betreuung bei Freizeitaktivitäten und Wohnraumanpassungen. Nach neuester Rechtsprechung sind auch die Kosten für die Unterbringung behinderter Pflegekinder (z.Zt. 13 Fälle 2 weitere beantragt, durchschn. Kosten 20.000€) zu übernehmen. Durch die Kosten für diese Fälle erhöhen sich die Aufwendungen.
Nr. 15.4	Es handelt sich um eine pflichtige Leistung nach § 54 SGB XII. Es werden Integrationshelfer für behinderte Schüler gezahlt. Die Zahl der Schüler, die in der Förderschule oder in der Regelschule einen Integrationshelfer benötigen, erhöht sich stetig. Es handelt sich um einen reinen kommunalen Aufwand, Erstattungen erfolgen nicht.
Nr. 15.5	Erhöhung der Altenpflegeumlage zum 01.01.2015 um 23 %. Die Altenpflegeausbildungsumlage wurde mit der Altenpflegeausbildungsausgleichs-Verordnung zum 1.7.2012 eingeführt. Sie betrug im ersten Jahr 2,18 EUR täglich und wird jährlich durch Beschluss des Grundsatzausschusses neu festgesetzt. Die Steigerung zum 1.1.13 betrug 7,8 % (2,35 EUR), zum Jahr 2014 ca. 27 % (2,99 EUR) und zum 1.1.15 etwa 23 %. Damit liegt die Umlage derzeit bei 3,69 EUR täglich je Leistungsberechtigten (belegten Heimplatz). Grundsätzlich wirkt sich die Umlage natürlich auf alle Pflegestufen (0 bis 3) gleich aus. Neben der Ausbildungsumlage sind auch die "normalen" Pflegesätze bei einer Vielzahl von Einrichtungen bereits gestiegen. Außerdem gibt es auch immer eine Änderung der Verteilung der Leistungsberechtigten zu den einzelnen Pflegestufen. Aktuell ist insbesondere die Zahl der Leistungsberechtigten zu Lasten des örtlichen Trägers in Pflegestufe 2 gestiegen.
Nr. 15.6	Auf Grund einer erhöhten Asylbewerberzahl kommt es zu verstärkten Zahlungen, vor allem in den Bereichen der Hilfe zum Lebensunterhalt, Krankenhilfe und Zuschüsse an übrige Bereiche. Diese werden durch erhöhte Landeszusweisungen nur zum Teil kompensiert. (Korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 2.1) Der Saldo für diese beiden Positionen beträgt somit ca. 1,8 Mio. € (Mehrbelastung). * Hinweis: Unter Berücksichtigung weiterer Kosten wie Unterbringung, Stromkosten, etc. (siehe Erläuterungs-Nr. 13.2 +16.2) fällt die Mehrbelastung im Bereich Asyl noch höher aus.
Nr. 15.7	Das Fallaufkommen bei der Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in stationären Settings ist gestiegen. Eine Steigerung ist bei der Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien gem. § 33 SGB VIII zu verzeichnen, insbesondere in kostenintensiven sog. „Profipflegefamilien“. In der Regel handelt es sich hier um Unterbringungen in Fällen von Kinderschutzmaßnahmen. Die Fälle in der stationären Heimunterbringung sind nur minimal gestiegen, die Kosten im Einzelfall aber in der Regel deutlich. Ursächlich sind die Erhöhungen der Tagespflegesätze in Höhe von 3,5% bis 5%. Nach wie vor weist Hagen im IKO Kennzahlenvergleich der mittleren Großstädte eine unterdurchschnittliche Unterbringungsquote aus. Neben einer Erhöhung der Tagessätze bei den stationären Unterbringungen von Heimkindern im Teilprodukt 1.36.30.02.07 gem. § 34 SGB in Höhe von 3,5 / 5%, ergaben sich Erhöhungen bei der Anzahl der stationären Unterbringungen um ca. 3-4 % erhöht. 2011/2012 sind die Großstadttjugendamtsleiter in ihren gemeinsamen Besprechungen darauf aufmerksam gemacht worden, dass eine Vielzahl von Kindern bei substituierten Eltern aufwachsen und aufgrund der Drogenproblematik der Eltern eine Kindeswohlgefährdung bestehen könnte. Dieser Hinweis führte dazu, dass auch hier in Hagen mit den behandelnden Ärzten von Substituierten Kontakt aufgenommen wurde. Diese Ärzte sind darüber in Kenntnis gesetzt worden, dass möglicherweise die Versorgung von Kindern bei substituierten Eltern nicht immer sichergestellt wäre und in einigen Fällen eine akute Kindeswohlgefährdung bestehen würde. Aufgrund dieser Tatsache wurden der Fachabteilung 55/6 98 Kinder gemeldet, die bei substituierten Eltern aufwachsen. Diese Kinder/Familien wurden sukzessive durch den Allgemeinen Sozialen Dienst überprüft. Von 98 Kindern mussten in Absprache/Beschluss mit dem Familiengericht über 20 Kinder in Ob-hut bzw. stationär untergebracht werden. Bei diesen Kindern handelte es sich in der Regel um Kinder, die unter drei Jahre alt waren. Viele dieser Kinder sind in sogenannten Profipflegefamilien (Tagessatz von 85,-- bis 105,-- €) untergebracht worden.  Nach wie vor besteht diese oben geschilderte Problematik in Hagen. Es gibt in Hagen drei Suchtkliniken. Oftmals werden die dort behandelten Patienten im Rahmen der Nachsorge in Hagen weiter betreut und lassen sich dann auch in Hagen nieder. Viele von diesen Patienten werden anschließend weiterhin substituiert. Hagen hat die höchste Substitutionsquote in Nordrhein-Westfalen. Derzeit leben über 350 substituiert Erwachsene in Hagen. Aufgrund des oben geschilderten Sachverhaltes sind die Ausgaben unvorhersehbar extrem gestiegen und werden auch weiterhin langfristig nicht wieder absinken können, da, wie bereits oben geschildert, es sich bei den Kindern um Kleinstkinder handelte, die langfristig stationär auf Dauer untergebracht sind.

Nr. 15.8	<p>Trotz steigender Fallzahlen verringern sich die Leistungsansprüche aufgrund höheren Einkommens, 100% Kostenerstattung Bund. Die Haushaltsposition "Transferaufwendungen" beinhaltet u.a. auch eine Abweichung in Höhe von 1,4 Mio. € Minderaufwendungen für Grundsicherungsleistungen. Diese Abweichung deckt sich jedoch mit Mindererträgen in gleicher Höhe unter der Haushaltsposition " Kostenerstattungen und Kostenumlagen". Hier erfolgt eine 100% Kostenerstattung vom Bund, so dass Abweichungen auf der Aufwandsseite auch zu Abweichungen auf der Ertragsseite führen.</p>
Nr. 15.9	<p>Die Verwaltung bereitet gerade die rückwirkende Übertragung der städt. HEB-Anteile auf die HVG vor. Ziel ist, die Übertragung bis zum 31.08.2015 abzuschließen, so dass die Steuervorteile in Höhe von rd. 111.000 € noch in diesem Jahr gehoben werden können. Die Vorlage zur Übertragung der HUI unter Beteiligung der GIV zur HVG wird nach den Sommerferien in den politischen Gremien beraten. Hier geht die Verwaltung davon aus, dass die geplanten Steuervorteile in 2016 realisiert werden können. Erste Synergiepotentiale durch die Übertragung der Gesellschaften HEB, HUI, agenturmark und HAGENagentur zur HVG werden ebenfalls beginnend ab 2016 erwartet.</p> <p>Aus den zuvor genannten Gründen sind die für 2015 eingeplanten Konsolidierungseffekte (800.000 €) nicht in voller Höhe umsetzbar, so dass mit einer zusätzlichen Zuschusszahlung an die HVG in Höhe von 689.000 € gerechnet wird.</p>
Nr. 15.10	<p>Zuschussabwicklung Theater (monatlicher Zuschuss = 1.249.004 €). Das im Haushalt geplante Budget musste fortgeschrieben werden, da erst kurz vor der Rechtformänderung steuerrechtliche und personalwirtschaftliche Sachverhalte geklärt werden konnten.</p>
Nr. 15.11	<p>Durch die höhere Gewerbesteuereinnahmen fällt die Gewerbesteuerumlage entsprechend höher aus.</p>

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	Prognose 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
16) Sonstige ordentliche Aufwendungen	93.979.259	96.741.207	-2.761.948	-2,9%	Nr. 16.1-16.5			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 16.1	Leistungsbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für Arbeitssuchende	51.510.000	53.100.000	-1.590.000	-3,1%	Ein Teil der Mehraufwendungen wird durch die Beteiligung des Bundes (siehe Position "Kostenerstattungen"; Erläuterungs-Nr. 6.1) aufgefangen, sodass sich der saldierte <b>Mehraufwand</b> auf rd. 0,7 Mio. € reduziert.	VB3/ 55/0	31	546100
Nr. 16.2	Anmietung von Wohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen	464.665	880.000	-415.335	-89,4%	<b>Mehraufwand</b>	VB3/ 55/5	31	542201
Nr. 16.3	Portokosten	705.470	1.021.850	-316.380	-44,8%	<b>Mehraufwand</b>	alle	gesamtstädtisch	543401
Nr. 16.4	Rückzahlung an mark-E (Konzessionsabgaben 2014)	0	132.768	-132.768	nicht im Plan	<b>Mehraufwand</b>	VB1/ FB OB	57	549920
Nr. 16.5	Steuern WBH	159.809	0	159.809	100,0%	Ergebnisneutral (korrepondiert mit Erläuterungs-Nr. 19.1)	VB1/ FB OB	53	544900

Erläuterung zu den größten Abweichungursachen:

Nr. 16.1	Bei Hochrechnung der Aufwendungen, Stand 27.05.2015 = 22.108.158€, ist mit einem Gesamtaufwand i.H.v. 53,1 Mio. € rechnen. Auch wenn diese Summe in den letzten 5 Jahren noch nicht erreicht worden ist, lässt eine rechnerische Hochrechnung keinen anderen Wert erkennen.
Nr. 16.2	Aufgrund steigender Asylzahlen muss mehr Wohnraum zur Unterbringung von Flüchtlingen angemietet werden.
Nr. 16.3	Der Versand von Bußgeldbescheiden im Rahmen der Verkehrsüberwachung (höhere Fallzahlen durch neue Blitzanlagen) hat sich deutlich erhöht. Somit steigen auch die Portokosten.
Nr. 16.4	Die Endabrechnung Konzessionsabgaben 2014 weist eine Rückforderung zugunsten von mark-E in Höhe von rd. 133.000 € aus.
Nr. 16.5	Die ausgewiesene Unterschreitung in Höhe von rd. 160.000 € ist hierbei auf die irrtümlich "brutto" geplante Gewinnausschüttung des WBH zurückzuführen (siehe hierzu auch Erläuterungen unter der Position "Gewinnanteile").

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	Prognose 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
19) Finanzerträge	-9.774.100	-10.115.555	341.455	3,5%	Nr. 19.1-19.2			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 19.1	Gewinnausschüttungen Beteiligungen	-9.722.900	-9.599.355	-123.545	-1,3%	Die korrespondierenden Steuern (Kapitalertragssteuer und Solidaritätszuschlag) sind unter der Erläuterungs-Nr. 16.5 veranschlagt. Saldiert ergibt sich somit ein <b>Mehrertrag</b> von rd. 39 T€.	VB1/ FB OB	53+57	465100
Nr. 19.2	Gewinnabführung GWH	0	-500.000	500.000	nicht im Plan	<b>Mehrertrag</b>	VB5/60		465100

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 19.1	Unter dieser Position sind die Bruttogewinnausschüttungen (inkl. Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag) der Gesellschaften HEB, Sparkasse und WBH veranschlagt worden. Die prognostizierte Unterschreitung ist hierbei auf folgende Sachverhalte zurückzuführen. 1. Der HEB schüttet voraussichtlich rd. <b>-14.000 €</b> (netto 11.400 €) weniger als geplant aus. 2. Die Gewinnausschüttung des WBH wurde irrtümlich "brutto" veranschlagt. Die Vereinnahmung erfolgt jedoch netto. Daraus resultiert rein rechnerisch ein Minderertrag von rd. <b>-160.000 €</b> (siehe Erläuterungsnr. 16.5). 3. Die Gewinnausschüttung des WBH fällt (netto) rd. <b>+50.000 €</b> höher als geplant aus. Dieser Mehrertrag ist auf eine alte Vereinbarung zwischen dem WBH und der Stadt zum Thema Bürgschaftsprovision zurückzuführen. Fazit: Saldiert ergibt sich ein Mehrertrag von rd. 39.000 €.
Nr. 19.2	Gewinnabführung Jahresabschluss GWH 2014 gem. Ratsbeschluss vom 18.06.2015 (Maßnahme: 15_GWH.002)

Haushaltsposition:	Fortschreibung 2015	Prognose 2015	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Erläuterungs-Nr.	Orga- zuständig- keit	Produkt- bereich	Kostenart
20) Finanzaufwendungen	31.274.550	30.008.742	1.265.808	4,0%	Nr. 20.1			

davon die größten Abweichungen:

Nr. 20.1	Zinsen	31.274.550	30.008.742	1.265.808	4,0%	Minderaufwand	VB2/ 20	61	551***
----------	--------	------------	------------	-----------	------	---------------	---------	----	--------

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

Nr. 20.1.	Da entgegen der Bankenprognosen zum Planungszeitpunkt die Zinsen nicht gestiegen sondern gesunken sind, ist voraussichtlich von einer Unterschreitung der Haushaltsansätze auszugehen. Durch aktives Schuldenmanagement (KM 14_20.002) konnte darüber hinaus der Zinsaufwand reduziert werden.
-----------	--

# IV. Teil

## Kennzahlenübersicht

## Kennzahlenüberblick zur Haushaltslage:

Kennzahl	Berechnung	Definition	Fortschreibung 2015	Prognose 2015	Ergebnis
<b>Aufwanddeckungsgrad</b>	Ordentliche Erträge/ ordentliche Aufwendungen	Die Kennzahl zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden.	100,37%	100,04%	
<b>Zinslastquote</b>	Finanzaufwendungen/ ordentliche Aufwendungen	Die Kennzahl zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.	5,41%	5,01%	
<b>Personalintensität</b>	Personalaufwendungen/ ordentliche Aufwendungen	Die Kennzahl gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.	18,47%	18,32%	
<b>Transferaufwandsquote</b>	Transferaufwendungen./ ordentliche Aufwendungen	Die Kennzahl stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her.	36,26%	36,54%	

# **HSP Controlling-Bericht über die Konsolidierungsbeträge 2015 und die Prognose 2021**

## **II. Quartal 2015**

Bericht zum Stand: 30.06.2015  
Erarbeitet und vorbereitet durch:  
Stadt Hagen,  
Fachbereich Finanzen und Controlling,  
Bereich Finanzsteuerung und Controlling

## Inhaltsverzeichnis:

<b>Einführung</b>		<b>Seite 2 - 4</b>
<b>I. Teil</b>		<b>Seite 5 - 13</b>
• Gegenüberstellung des Planvolumens und des erzielten Gesamtvolumens		Seite 6
• Die Entwicklung der sieben größten Konsolidierungsmaßnahmen.....		Seite 7-8
• Konsolidierungsmaßnahmen mit einer Differenz Plan Ist von über 100 T. €.....		Seite 9-10
• Konsolidierungsmaßnahmen mit einer absoluten Abweichungen über 100 T. €		Seite 11
• Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2015 nicht erreichen.....		Seite 12
• Ersatzmaßnahmen und Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2015 übererfüllen.....		Seite 13
• Fazit.....		Seite 14
• Maßnahmen, die das mittelfristig geplante Gesamtkonsolidierungsziel nicht erreichen.....		Seite 15
<b>II. Teil</b>		<b>Seite 16-17</b>
• Mehrerträge und Einsparungen der einzelnen Haushaltspositionen		Seite 17
<b>III. Teil</b>		<b>Seite 18</b>
• Übersicht der aktuellen Einzelmaßnahmen.....		<b>Anlage</b>

### Einführung:

#### Berichtspflicht

Die Stadt Hagen ist als pflichtige Stärkungspaktkommune gegenüber der Bezirksregierung Arnsberg in besonderem Maße zur Auskunft verpflichtet. Gemäß § 7 Stärkungspaktgesetz ist der Bezirksregierung zusätzlich zur Genehmigung auch die Überwachung der Einhaltung des HSPs übertragen worden. Die Stadt Hagen ist als Stärkungspaktteilnehmerin dazu verpflichtet, jährlich zum Stand der Umsetzung des Haushaltssanierungsplans zu berichten. Nach dem Ausführungserlass zur Haushaltskonsolidierung vom 07. März 2013 sind die Berichte wie folgt vorzulegen:

- bis zum 31.07. eines Jahres, mit dem Stand der Umsetzung zum 30. Juni des gleichen Jahres,
- bis zum 01.12. eines Jahres, mit dem Stand der Umsetzung zum 30. September des gleichen Jahres und
- bis zum 15.04. eines Jahres, mit dem Stand der Umsetzung zum 31. März des gleichen Jahres zusammen mit dem vom Oberbürgermeister bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses für das vorherige Jahr.

#### Berichtsziel und Empfänger

Der vorliegende Bericht verschafft in erster Linie einen komprimierten Gesamtüberblick über die aktuelle Entwicklung der Konsolidierungsmaßnahmen der Stadt Hagen. Durch die regelmäßigen Überprüfungen werden Potenziale und Gefahren bei der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen erkannt und ermöglichen ein gezieltes Einschreiten bei Abweichungen im Plan-Ist-Vergleich.

Der Bericht wird dem Verwaltungsvorstand und der Bezirksregierung vorgelegt.

### Berichterstellung und Vorgehensweise:

Mit dem Beschluss des Haushaltssanierungsplans (HSP) 2015 wurden 116 bestehende Maßnahmen fortgeschrieben, 4 weitere Maßnahmen neu hinzugefügt und eine Maßnahme<sup>1</sup> gesplittet. Von diesen 121 Maßnahmen sind 7 Maßnahmen ohne Konsolidierungspotenzial ab dem Jahr 2015 ausgewiesen und werden nicht im Controllingbericht berücksichtigt. Die im 1. Quartal zusätzlich gebildete Maßnahme wird weitergeführt. Im 2. Quartal 2015 werden Einsparungen in Höhe von 65,985 Mio. € prognostiziert. Die Verbesserung von rund 335 T. € werden durch 1,891 Mio. € Aufwandsminderungen und Mehrerträge erzielt, denen aber Aufwandserhöhungen und Mindererträge von 1,556 Mio. € gegenüberstehen. Das geplante Ziel wird für das Jahr 2015 gut überschritten. Ausschlaggebend für die Überschreitung des geplanten Konsolidierungsbetrages 2015, ist die positive Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen. Der derzeitige überdurchschnittliche Anstieg der Gewerbesteuereinnahmen, lässt die Prognose zu, dass eine wesentliche Verbesserung des geplanten Konsolidierungsbetrages 2015 erzielt wird.

Die Ämter und Fachbereiche werden im Rahmen des Berichtswesens aufgefordert die Planwerte für das laufende Jahr und für die mittelfristige Planung je Maßnahme zu überprüfen und eine aktuelle Prognose für die mittelfristige Planung abzugeben. Ergeben sich zwischen Plan und Prognose Abweichungen, werden in der Stellungnahme die Ursachen benannt. Bei negativen Abweichungen sind Ersatzmaßnahmen zu bilden. Liegen Veränderungen struktureller Natur vor, werden notwendige Planänderungen in der Fortschreibung des HSPs angepasst.

Während dieser Phase stehen den Ämtern die dezentralen Betriebswirte und der Fachbereich 20 für Rückfragen und Hilfestellung zur Verfügung.

Die Berichtsrückmeldungen aus den Ämtern und Fachbereichen werden zentral vom Fachbereich Finanzen und Controlling analysiert und ausgewertet.

<sup>1</sup> Der Aufgabenbereich „Beihilfe“ wird vom FB 25 zum FB 11 verlagert. Damit einhergehend wird die Maßnahme 12\_25.001 gesplittet. Der Konsolidierungsbeitrag dieser Maßnahme, der durch den Aufgabenbereich „Beihilfe“ geleistet werden soll, wird separat in der neuen Maßnahme 15\_11.002 „Sachkostenreduzierung im Bereich Beihilfe“ mit einem Konsolidierungsvolumen in Höhe von 32.000 € ausgewiesen. Die Alt-Maßnahme 12\_25.001 wird mit einem Konsolidierungsvolumen in Höhe von 284.000 € weitergeführt.

### Berichtsinhalte:

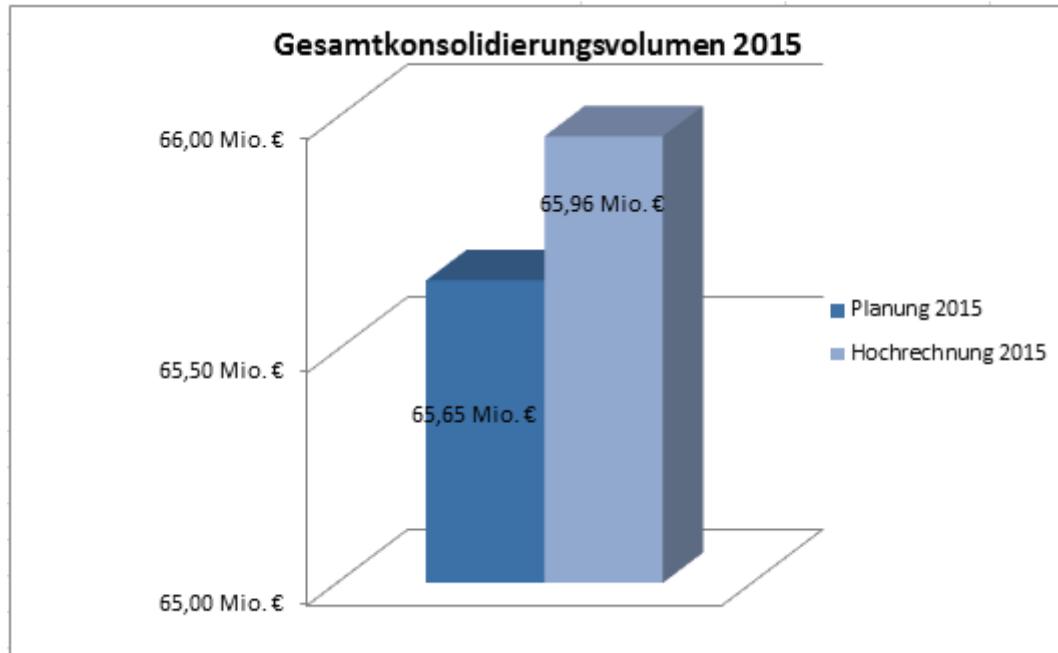
Im **I. Teil** des Berichtes wird das erzielte Gesamtvolumen dem Planvolumen gegenübergestellt. Zusätzlich werden die Konsolidierungsmaßnahmen unter verschiedenen Gesichtspunkten analysiert.

Im **II. Teil** werden die erzielten Mehrerträge und Einsparungen der einzelnen Haushaltspositionen dargestellt. Negative Abweichungen werden mit einem Minus-Zeichen dargestellt, ergänzend wird die prozentuale Abweichungen berechnet.

Im **III. Teil** erfolgt die Betrachtung der Einzelmaßnahmen in einer Übersicht.

# I. Teil

- Gegenüberstellung des Planvolumens und des erzielten Gesamtvolumens
- Konsolidierungsmaßnahmen mit einem Volumen ab 2 Mio. €
- Konsolidierungsmaßnahmen mit einer absoluten Abweichungen über 100 T. € durch unterschiedliche Grafiken dargestellt
- Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2015 nicht erreichen
- Ersatzmaßnahmen und Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2015 übererfüllen
- Konsolidierungsmaßnahmen, die das mittelfristig geplante Gesamtkonsolidierungsziel nicht erreichen

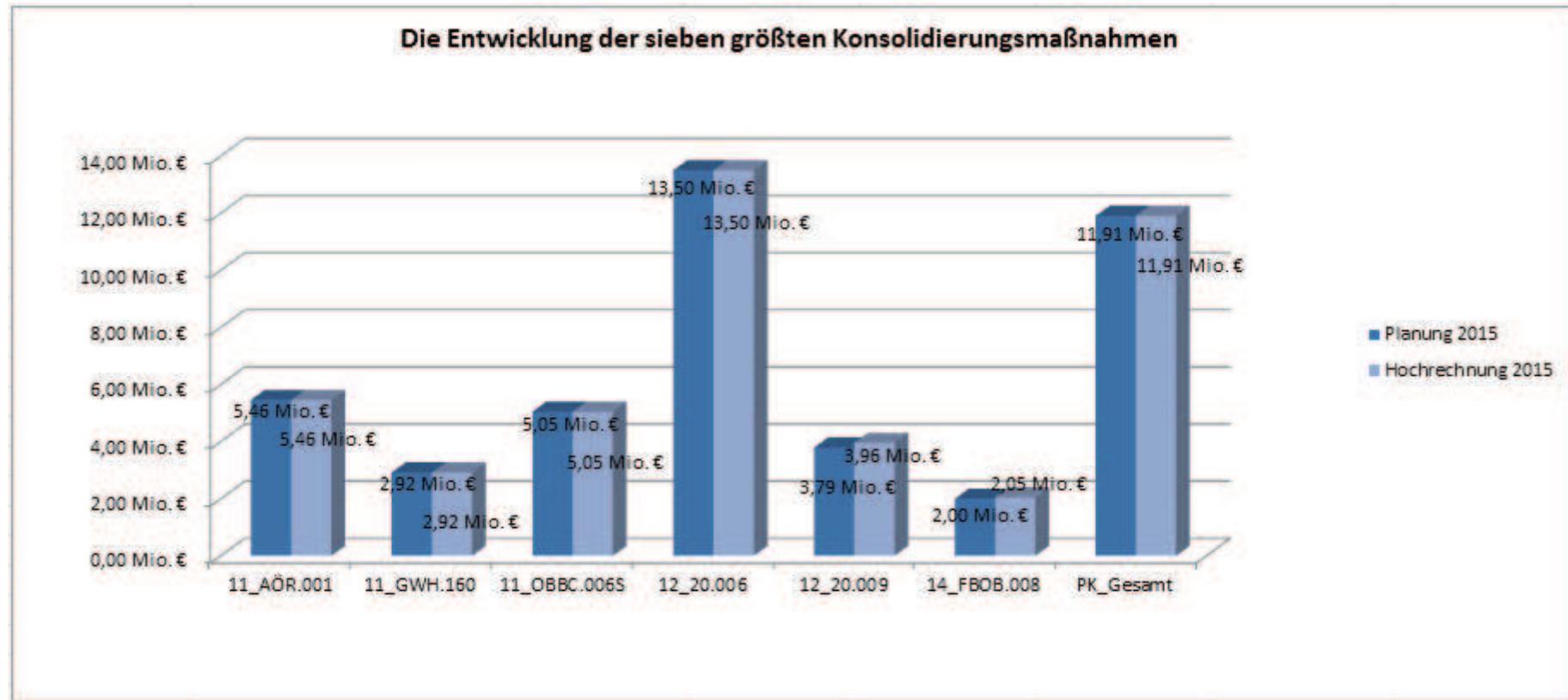


Die Maßnahmen 12\_25.001 und 15\_11.002 sind mit einem Konsolidierungsvolumen in Höhe von 284.000 € bzw. 32.000 € ab dem Jahr 2016 eingeplant. Tatsächlich wurden die Maßnahme schon im Haushalt 2014/2015 mit einem Volumen von 101.300 € bzw. 20.000 € berücksichtigt. Diese Entwicklung wurde versehentlich nicht in der Fortschreibung HSP übernommen, so dass es hier zu einer Abweichung zwischen Haushalt und HSP kommt. In diesem Bericht wird die Planung im HSP bereinigt, um den Einklang zwischen Haushalt und HSP wiederherzustellen. Dadurch erhöht sich die Gesamtplanung von 65,53 Mio. € um rund 120 T. € auf 65,65 Mio. €.

Die Prognose des 2. Quartals überschreitet den korrigierten Planwert um rund 307 T. €. Maßgeblich für diese Überschreitung ist die positive Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen.

### Die Entwicklung der sieben größten Konsolidierungsmaßnahmen

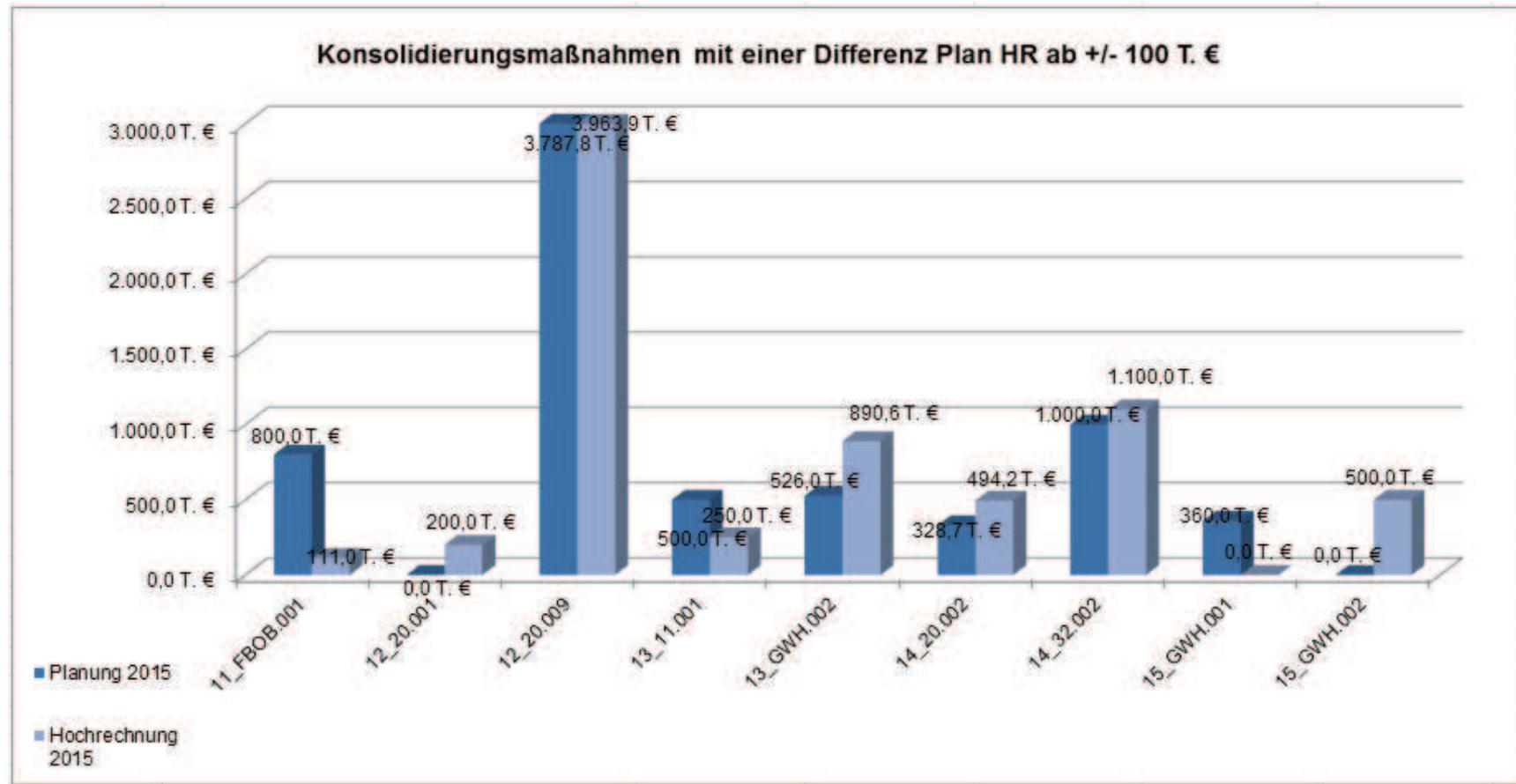
Maßnahme	Bezeichnung	Planung 2015	Hochrechnung 2015	Differenz HR 2015 - Plan 2015
11_AÖR.001	Erweiterung SEH/AÖR (früher Maßnahmennummer VB5.001)	5,46 Mio. €	5,46 Mio. €	0,00 Mio. €
11_GWH.160	Personal (Fluktuation)	2,92 Mio. €	2,92 Mio. €	0,00 Mio. €
11_OBBC.006S	Sparkassenausschüttung	5,05 Mio. €	5,05 Mio. €	0,00 Mio. €
12_20.006	Anhebung der Grundsteuer A und B	13,50 Mio. €	13,50 Mio. €	0,00 Mio. €
12_20.009	Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013	3,79 Mio. €	3,96 Mio. €	0,18 Mio. €
14_FBOB.008	Gewinnausschüttung WBH	2,00 Mio. €	2,05 Mio. €	0,05 Mio. €
PK_Gesamt	Gesamtsumme der Personalkosteneinsparung aller PK-Maßnahmen	11,91 Mio. €	11,91 Mio. €	0,00 Mio. €
<b>Gesamtsumme</b>		<b>44,63 Mio. €</b>	<b>44,85 Mio. €</b>	<b>0,23 Mio. €</b>



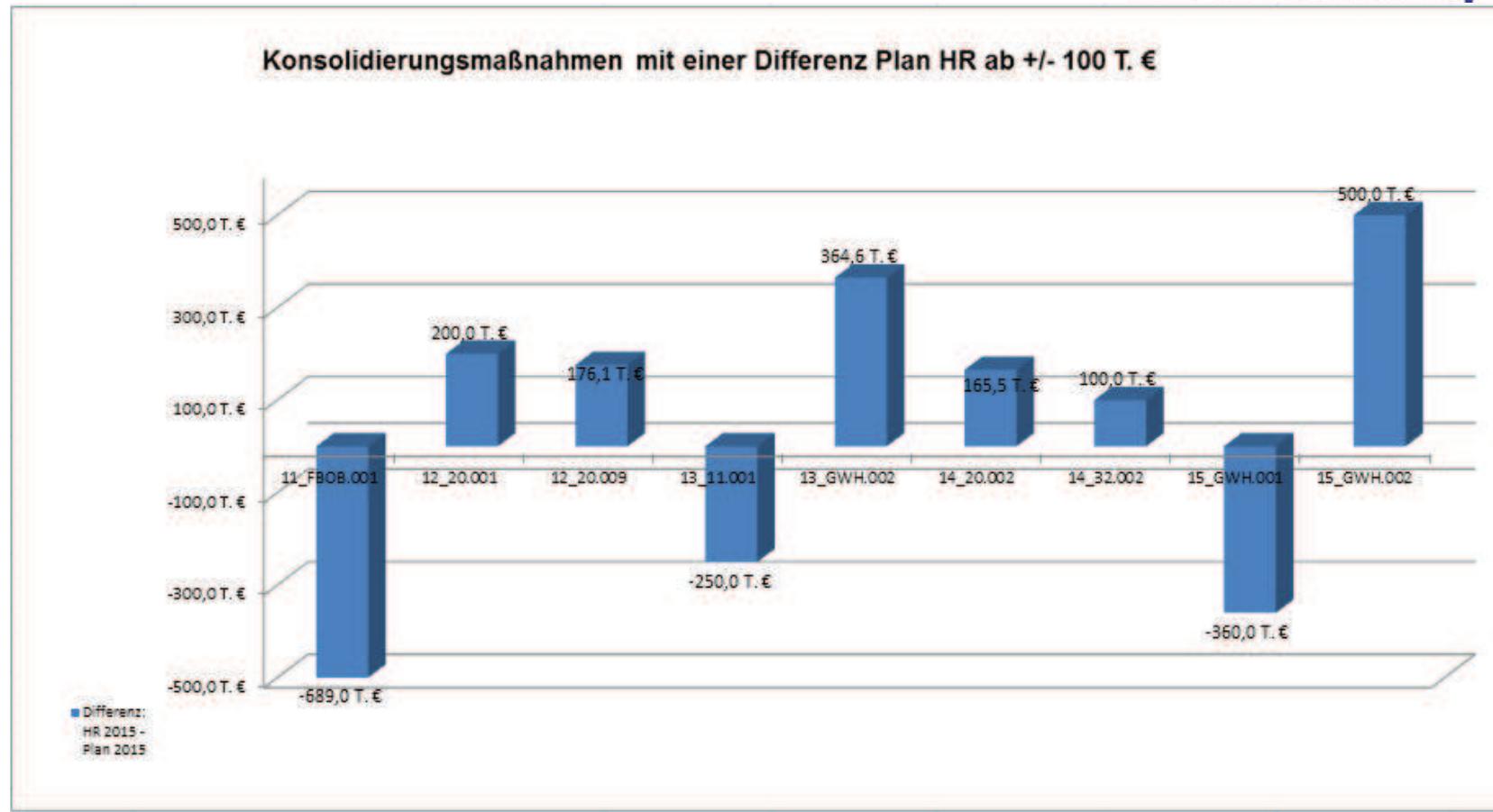
Weiterhin werden zwei Drittel des geplanten Konsolidierungsvolumens des Jahres 2015 durch sieben Konsolidierungsmaßnahmen abgedeckt. Die prognostizierte Gesamtsumme dieser 7 Konsolidierungsmaßnahmen übertrifft den Planwert. Für die Maßnahme Gewerbesteuer wird ein höherer Konsolidierungsbetrag prognostiziert als in der Fortschreibung HSP 2015 angenommen wurde. Und die Gewinnausschüttung der WBH fällt 2,5% besser aus als geplant.

### Konsolidierungsmaßnahmen mit einer Differenz Plan HR ab +/- 100 T. €

Maßnahme	Bezeichnung	Planung 2015	Hochrechnung 2015	Differenz: HR 2015 - Plan 2015
11_FBOB.001	Optimierung städt. Beteiligungsstruktur	800,0 T. €	111,0 T. €	-689,0 T. €
12_20.001	Altmaßnahme: Einführung einer Gewässerausbau- und -unterhaltungsgebühr	0,0 T. €	200,0 T. €	200,0 T. €
12_20.009	Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013	3.787,8 T. €	3.963,9 T. €	176,1 T. €
13_11.001	Abbau von Rückstellungen durch Betriebsurlaub zum Jahreswechsel	500,0 T. €	250,0 T. €	-250,0 T. €
13_GWH.002	Wirtschaftsplan GWH	526,0 T. €	890,6 T. €	364,6 T. €
14_20.002	Aktives Schuldenmanagement	328,7 T. €	494,2 T. €	165,5 T. €
14_32.002	Geschwindigkeitsüberwachung	1.000,0 T. €	1.100,0 T. €	100,0 T. €
15_GWH.001	Rabatt Energiebezug	360,0 T. €	0,0 T. €	-360,0 T. €
15_GWH.002	Ersatzmaßnahme Abführung Jahresüberschuss 2014	0,0 T. €	500,0 T. €	500,0 T. €
<b>Gesamtsumme</b>		<b>7.302,50 T. €</b>	<b>7.509,70 T. €</b>	<b>207,20 T. €</b>



Bei neun Maßnahmen liegt die absolute Abweichung über 100 T. €. In Summe ist ein positives Ergebnis sichergestellt.



Bei drei der neun Maßnahmen sind Einbrüche der geplanten Konsolidierungsbeträge für das Jahr 2015 prognostiziert. Gleichzeitig wird bei sechs Konsolidierungsmaßnahmen ein höherer Konsolidierungsbetrag für 2015 erwartet.

**Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2015 nicht erreichen**

Maßnahme	Bezeichnung	Planung 2015	Hochrechnung 2015		Differenz HR 2015 - Plan 2015
			2015	Plan 2015	
11_20.006	Absenkung des Allgemeininteressenanteils an der Straßenreinigung	337,0 T. €	318,0 T. €	318,0 T. €	-19,0 T. €
11_FBOB.001	Optimierung städt. Beteiligungsstruktur	800,0 T. €	111,0 T. €	111,0 T. €	-689,0 T. €
12_20.005	Vergnügungssteuer - Einführung einer Steuer für sexuelle Dienste	30,0 T. €	20,0 T. €	20,0 T. €	-10,0 T. €
12_55.001	Mehreinnahmen Unterhaltsvorschussleistungen	50,0 T. €	0,0 T. €	0,0 T. €	-50,0 T. €
13_11.001	Abbau von Rückstellungen durch Betriebsurlaub zum Jahreswechsel	500,0 T. €	250,0 T. €	250,0 T. €	-250,0 T. €
13_GWH.001	Verstärkte Verkaufsaktivitäten bei Grundstücken	200,0 T. €	140,6 T. €	140,6 T. €	-59,4 T. €
14_48.004	Entgelterhöhung Volkshochschule Hagen	100,0 T. €	19,0 T. €	19,0 T. €	-81,0 T. €
14_FBOB.004	Erhöhung Ausschüttung HEB	100,0 T. €	88,6 T. €	88,6 T. €	-11,4 T. €
14_GWH.007	Ersatzmaßnahme Gegenseitige Liquiditätsverstärkung mit der GWH	35,0 T. €	9,0 T. €	9,0 T. €	-26,0 T. €
15_GWH.001	Rabatt Energiebezug	360,0 T. €	0,0 T. €	0,0 T. €	-360,0 T. €
<b>Gesamtsumme</b>		<b>2.512,0 T. €</b>	<b>956,2 T. €</b>	<b>956,2 T. €</b>	<b>-1.555,8 T. €</b>

## Ersatzmaßnahmen und Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2015 übererfüllen

Maßnahme	Bezeichnung	Planung 2015	Hochrechnung		Differenz HR 2015 - Plan 2015
			2015	2015	
11_11.111	Interkommunale Zusammenarbeit (1.500.000 €)	782,6 T. €	834,0 T. €	51,4 T. €	
11_45.004S	Öffnungszeiteneinschränkung Museum	65,0 T. €	110,0 T. €	45,0 T. €	
11_OBBC.006S	Sparkassenausschüttung	5.050,5 T. €	5.051,3 T. €	0,8 T. €	
12_20.001	Altmaßnahme: Einführung einer Gewässerausbau- und -unterhaltungsgebühr	0,0 T. €	200,0 T. €	200,0 T. €	
12_20.002	Vergnügungssteuer - Besteuerung für Wettbüros	120,0 T. €	149,8 T. €	29,8 T. €	
12_20.003	Optimierung der Straßenreinigung lt. Infra-Gutachten	53,0 T. €	133,0 T. €	80,0 T. €	
12_20.009	Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013	3.787,8 T. €	3.963,9 T. €	176,1 T. €	
12_GWH.003	Abmietung Martin-Luther-Str. 12,	188,0 T. €	199,4 T. €	11,4 T. €	
13_GWH.002	Wirtschaftsplan GWH	526,0 T. €	890,6 T. €	364,6 T. €	
14_11.001	Neuverhandlung von Dienstvereinbarungen bei Stadt und Unternehmen	0,0 T. €	3,0 T. €	3,0 T. €	
14_20.001	Hundebestandsaufnahme	0,0 T. €	72,0 T. €	72,0 T. €	
14_20.002	Aktives Schuldenmanagement	328,7 T. €	494,2 T. €	165,5 T. €	
14_32.002	Geschwindigkeitsüberwachung	1.000,0 T. €	1.100,0 T. €	100,0 T. €	
14_FBOB.008	Gewinnausschüttung WBH	2.000,0 T. €	2.050,0 T. €	50,0 T. €	
14_GWH.002	Schließung der öffentl. WC-Anlage Vollbrinkstr.	9,0 T. €	10,4 T. €	1,4 T. €	
15_11.002	Erträge im Bereich Beihilfe - Arzneimittelrabatte	20,0 T. €	32,0 T. €	12,0 T. €	
15_GWH.002	Ersatzmaßnahme Abführung Jahresüberschuss 2014	0,0 T. €	500,0 T. €	500,0 T. €	
<b>Gesamtsumme</b>		<b>13.930,6 T. €</b>	<b>15.793,6 T. €</b>	<b>1.863,0 T. €</b>	

### Fazit:

Unter-/Überschreitung	Planung 2015	Hochrechnung 2015	Differenz HR 2015 - Plan 2015
Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2015 voraussichtlich nicht erreichen	2.512,0 T. €	956,2 T. €	-1.555,8 T. €
Ersatzmaßnahmen und Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2015 voraussichtlich übererfüllen	13.930,6 T. €	15.793,6 T. €	1.863,0 T. €
<b>Differenz der Unter-/Überschreitung</b>	<b>16.442,6 T. €</b>	<b>16.749,8 T. €</b>	<b>307,2 T. €</b>

Insgesamt wird eine Überschreitung des geplanten Konsolidierungsziels um 307,2 T. € prognostiziert.

### Maßnahmen, die das mittelfristig geplante Gesamtkonsolidierungsziel nicht erreichen

Maßnahme	Bezeichnung	Plan 2021	Mittelfristige Prognose 2021	aktueller Stand
11_OBBC.009S	Ausschüttung Energie	1.250.000	0	rot
12_25.001	Weitere Sachkostenreduzierung Innere Verwaltung	284.000	137.900	rot
12_55.001	Mehreinnahmen Unterhaltsvorschussleistungen	50.000	0	rot
12_55.005	Abmietung Übergangsheim Voerde Straße bis 2016	51.747	0	rot
12_FBOB.005	Erhöhung Ausschüttung ENERVIE ab 2016	1.000.000	0	rot
14_48.004	Entgelterhöhung Volkshochschule Hagen	100.000	38.400	rot
14_GWH.007	Ersatzmaßnahme Gegenseitige Liquiditätsverstärkung mit der GWH	35.000	0	rot
<b>Gesamtsumme</b>		<b>2.770.747</b>	<b>176.300</b>	

In der mittelfristigen Prognose wird ein Risikopotenzial in Höhe von rund 2,6 Mio. € ausgewiesen. Das bedeutet für die Verwaltung, dass in der Fortschreibung HSP 2016 weitere Ersatzmaßnahmen gebildet werden, die diesen Fehlbetrag ausgleichen.

## II. Teil

- Mehrerträge und Einsparungen der einzelnen Haushaltspositionen

**Mehrerträge und Einsparungen der einzelnen Haushaltspositionen**

Ertrags- und Aufwandsarten	Plan 2015	Hochrechnung 2015	Differenz HR - Plan 2015	Prozentuale Abweichung
1 Steuern und ähnliche Abgaben	20.434.393	20.736.374	301.981	1,48%
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.226.592	1.226.592	0	0,00%
3 Sonstige Transfererträge	93.809	0	-93.809	-100,00%
4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.560.700	1.460.700	-100.000	-6,41%
5 Privatrechtliche Leistungsentgelte	258.200	258.200	0	0,00%
6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	20.000	32.000	12.000	60,00%
7 Sonstige ordentliche Erträge	2.659.334	2.449.923	-209.411	-7,87%
8 Aktivierte Eigenleistung	0	0	0	
9 Bestandsveränderungen	0	0	0	
<b>10 Ordentliche Erträge</b>	<b>26.253.028</b>	<b>26.163.789</b>	<b>-89.239</b>	<b>-0,34%</b>
11 Personalaufwendungen	11.934.145	11.934.145	0	0,00%
12 Versorgungsaufwendungen	41.920	41.920	0	0,00%
13 Aufwendungen für Sach- Dienstleistungen	14.853.977	15.036.609	182.632	1,23%
14 Bilanzielle Abschreibungen	431	431	0	0,00%
15 Transferaufwendungen	2.752.498	2.030.811	-721.687	-26,22%
16 Sonstige Ordentliche Aufwendungen	1.330.798	1.589.523	258.725	19,44%
<b>17 Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>30.913.769</b>	<b>30.633.439</b>	<b>-280.330</b>	<b>-0,91%</b>
<b>18 Summe Zeile 10 + 17</b>	<b>57.166.797</b>	<b>56.797.228</b>	<b>-369.569</b>	<b>-0,65%</b>
19 Finanzerträge	8.119.000	8.656.240	537.240	6,62%
20 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	363.700	503.200	139.500	38,36%
<b>21 Finanzergebnis</b>	<b>8.482.700</b>	<b>9.159.440</b>	<b>676.740</b>	<b>7,98%</b>
<b>22 Gesamtbetrag (Zeile 18 + 21)</b>	<b>65.649.497</b>	<b>65.956.668</b>	<b>307.171</b>	<b>0,47%</b>

## III. Teil

- Übersicht der aktuellen Einzelmaßnahmen

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2015	Hochrechnung 2015	Differenz Hochrechnung 2015 Plan 2015	Zielerreichungsgrad 2015	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme	
11_11.002	TP1114 pauschale Sachkosteneinsparung	1114	Ift. 2011	145.090	145.090	145.090	0	100,0%	100,0%	grün	Die Maßnahmenplanung ändert sich nicht. Die Konsolidierung ist in 2014 realisiert worden. Die Maßnahme ist komplett umgesetzt und wird auch in den Folgejahren komplett erreicht.	
11_11.111	Interkommunale Zusammenarbeit (1.500.000 €)	6130	2015	1.500.000	782.638	834.000	51.362	106,6%	100,0%	grün	Auf Grund der detaillierten Darstellung wird die Stellungnahme als Anlage 2 des Controllingberichts beigefügt.	
11_11.222	Personalbedingte Sachkosten	6130	2016	2.251.600	0			NB	100,0%	grün	Der Start der Maßnahme wurde auf das Jahr 2016 verschoben.	
11_20.001	Neuausrichtung des Forderungsmanagements	1121	2013	30.000	30.000	30.000	0	100,0%	100,0%	grün	Die Maßnahme ist früher gestartet. Der Konsolidierungseffekt von 30.000 € wurde bereits in voller Höhe in 2012 erreicht. Die Maßnahme ist realisiert.	
11_20.006	Absenkung des Allgemeininteressenanteils an der Straßenreinigung	5450	2014	344.000	337.000	318.000	-19.000	94,4%	104,1%	gelb	Die Klassifizierung sämtlicher Hagener Straßen nach ihrer Verkehrsbedeutung in Wohnstraßen, innerörtliche und überörtliche Straßen ist erfolgt und durch den V. Nachtrag zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung vom Rat am 26.09.2013 beschlossen worden. Unter Berücksichtigung der geplanten Aufwendungen der HEB GmbH aus der vom Rat der Stadt beschlossenen Gebührenbedarfsberechnung 2015 ergibt sich eine voraussichtliche Konsolidierung für den Allgemeininteressenanteil in Höhe von rd. 318.000 €. □	
											Im Rahmen der Gebührenkalkulation 2015 wurden geänderte Veranlagungsmeter für die einzelnen Straßenklassen zugrundegelegt. Damit erklärt sich die Abweichung des Konsolidierungsbetrages zum Plan 2015. Hierbei ist der höhere Konsolidierungsbetrag aus der korrespondierenden Maßnahme 12_20.003 zu beachten.	
											Die erhöhten Konsolidierungsbeträge für die Jahre 2016 ff. werden mit dem HSP 2016 umgesetzt.	
11_20.007	Sachkostenreduzierung im TP 1120	1120	Ift. 2011	52.000	52.000	52.000	0	100,0%	100,0%	grün	Die Maßnahme konnte bereits in 2012 in voller Höhe realisiert werden.	
11_20.008	Sachkostenreduzierung im TP 1121	1121	2013	30.000	30.000	30.000	0	100,0%	100,0%	grün	Die Maßnahme wurde im Jahr 2013 realisiert.	
11_20.012	Teilnahme an Betriebsprüfungen des Finanzamtes	6110	2014	228.000	228.000	228.000	0	100,0%	100,0%	grün	Die Maßnahme ist durch die Einstellung des Betriebsprüfers umgesetzt und verläuft planmäßig.	
11_20.014	Anhebung der Hundesteuer	6110	2012	520.000	520.000	520.000	0	100,0%	100,0%	grün	Die Maßnahme ist umgesetzt.	
11_23.013	pauschale Sachkostenreduzierung - FB 23 TP 1123	1123	2014	44.000	44.000	44.000	0	100,0%	100,0%	grün	Auf Grund der Komplexität der GWH-Maßnahmen werden die Zusammenhänge zusätzlich gesondert analysiert und dargestellt. Das Ergebnis mit Stellungnahme wird als Anlage 1 des Controllingberichts beigefügt, daher wird auf eine einzelne Stellungnahme bei den Maßnahmen verzichtet.	
11_32.007	Geschwindigkeitsüberwachung an zusätzlichen Standorten	1222	2012	700.000	800.000	800.000	0	100,0%	100,0%	grün	Der Konsolidierungsbetrag wird voraussichtlich 2015 erbracht.	
11_40.014	Einstellung Edmond-Lizenzen	2143	2014	5.000	5.000	5.000	0	100,0%	100,0%	grün	Die Stadtbildstelle wurde 2014 geschlossen. Das Konsolidierungsziel wird erreicht.	

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2015	Hochrechnung 2015	Differenz Hochrechnung 2015 Plan 2015	Zielerreichungsgrad 2015	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme	
11_43.002S	Reduzierung Miet-/Nebenkosten der d.B.-Zweigst. Haspe u. Hohenlimburg	2572	2013	132.000	132.000	132.000	0	100,0%	100,0%	grün	Mit Abmietung der Zweigstelle Haspe wird ab 2015 eine strukturelle Mieteinsparung in Höhe von 36.000 €/Jahr erzielt. Zusätzlich wurde die Zweigstelle Hohenlimburg von der Langenkampstr. 14 in die neu angemietete Stennertstr. (Sparkassenfläche) verlegt. Hier ergibt sich eine strukturelle Einsparung von 96.000 €/Jahr. Der entsprechende Gesamtbetrag in Höhe von 132.000 €/Jahr kann in 2015 voraussichtlich in voller Höhe realisiert werden.	
11_43.007	Sachkosteneinsparung TP 2571	2571	Ift. 2011	26.086	26.086	26.086	0	100,0%	100,0%	grün	Der Konsolidierungsbetrag 2015 kann voraussichtlich in voller Höhe realisiert werden.	
11_43.009	Entgelte für Sonderleistungen	2571	2012	20.000	20.000	20.000	0	100,0%	100,0%	grün	Der Konsolidierungsbetrag kann in voller Höhe realisiert werden.	
11_44.006	Veränderung der Angebotsstruktur	2563	Ift. 2011	50.600	50.600	50.600	0	100,0%	100,0%	grün	Ab dem Schuljahr 2015/2016 wird Jeki jahrgangsweise durch das Projekt "Jedem Kind ein Instrument, Tanzen, Singen" ersetzt. Der Saldo von Erträgen und Aufwendungen wird voraussichtlich gleich bleiben. Die Maßnahme ändert sich nicht. Der Konsolidierungsbetrag 2015 wird voraussichtlich erreicht.	
11_45.004S	Öffnungszeiteneinschränkung Museum	2520	2014	65.000	65.000	110.000	45.000	169,2%	169,2%	grün	<p>"Bei der Reduzierung der Öffnungszeiten im Kunstquartier sind die Inhalte des Vertrags der Stadt Hagen mit der Emil Schumacher Stiftung zu berücksichtigen. Die Stiftung besteht auf die vertraglich festgelegte Öffnungszeit von 42 Std/Woche. Um die Maßnahme trotzdem strukturell für die folgenden Jahre umsetzen zu können, wurde im KWA der Stadt Hagen die Reduzierung der Öffnungszeiten sowie die Einschränkungen der Öffnungszeiten während der Ferien in den städtischen Museen „Stadtmuseum“ und „dem Museum für Ur- und Frühgeschichte“ beschlossen.</p> <p>Zusätzlich wurde der Aufsichtsdienst im Kunstquartier auf das absolute Minimum herabgesenkt. Insgesamt wird dadurch für diese Maßnahme im Jahr 2015 ein Konsolidierungsbeitrag von 110.000,00 € prognostiziert.</p> <p>Die Öffnungszeiten im Kunstquartier bleiben unverändert bei 42 Std. /Woche. Die Maßnahme wird mit 45.000 € übererfüllt und für die Kompensation anderer Maßnahmen im Fachbereich, die nicht erfüllt werden können, eingesetzt. In der Fortschreibung 2016 wird die Maßnahmenplanung angepasst. Die Übererfüllung soll als Kompensation für 11_45.006S (35.000 €) und 12_45.001 (10.000 €) eingesetzt werden.</p>	

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2015	Hochrechnung 2015	Differenz Hochrechnung 2015 Plan 2015	Zielerreichungsgrad 2015	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme	
11_45.006S	Hohenhof in private Trägerschaft	2520	2016	180.000	0	0	0	NB	100,0%	grün	Im Hinblick auf die künftige Projekt- und Organisationsstruktur für eine Fortführung des Welterbe-Antrags erarbeitet die Stiftung Industriedenkmalpflege derzeit einen Gesellschaftsvertrag für die Gründung eines Lenkungskreises zur politischen Steuerung und finanziellen Absicherung des Projekts. Als Mitglieder des Lenkungskreises sind vorgesehen: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr; Landschaftsverband Rheinland; Landschaftsverband Westfalen-Lippe; Regionalverband Ruhr; Emschergenossenschaft; Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur.	
											Die ursprünglich für November 2014 vorgesehene Vorlage zur politischen Entscheidungsfindung bzgl. der Beteiligung Hagens an einer Fortführung des Antrags kann erst erstellt werden, wenn das Planungskonzept des Lenkungskreises vorliegt.	
											In der Fortschreibung 2016 wird der Konsolidierungsbetrag um 35.000 € auf 145.000 € gesenkt, da eine Kompensation durch Übererfüllung der Maßnahme 11_45.004S erfolgt.	
11_46.016	Zuschussreduzierung Theater	2561	Ift. 2011	339.334	339.334	339.334	0	100,0%	100,0%	grün	Die Einzelmaßnahmen, die diese Maßnahme bilden, wurden umgesetzt und das komplette Konsolidierungsziel wird erreicht.	
11_52.005	Betriebskosteneinsparung auf Sportanlagen	4240	Ift. 2011	68.921	68.921	68.921	0	100,0%	100,0%	grün	Der Sportplatz Berchum ist aufgegeben. Die Aufgabe der Sportplätze Quambusch und Dahmsheide wurde zum 30.06.2014 realisiert. Eine zusätzliche Betriebskosteneinsparung konnte durch die Schließung der Turnhalle Nöhstr. erzielt werden. Die Maßnahme ist realisiert.	
11_52.006	Übertragung von Sportplätzen in die Verantwortung der Vereine	4240	2014	15.000	15.000	15.000	0	100,0%	100,0%	grün	Dem SG Blau-Weiss Haspe wurde die Verantwortung für den Sportplatz Freiheitsplatz übertragen. Die Unterzeichnung des Vertrages ist erfolgt. Auf Grund des Vertrages konnte der Sportplatz Quambusch zum 30.06.2014 aufgegeben werden. Dies erbrachte eine Konsolidierung von 15.000 €. Die Maßnahme ist realisiert.	
11_55.114b	Eingliederungshilfe / Ersatzmaßnahme für 55.114	3111	2012	20.000	20.000	20.000	0	100,0%	100,0%	grün	Nach derzeitigem Stand kann der Konsolidierungsbetrag realisiert werden. Die Umsetzung erfolgt im Bereich der Frühförderung.	
11_55.161	Hilfen zur Erziehung (nur Tagesgruppen)	3630	Ift. 2011	150.000	150.000	150.000	0	100,0%	100,0%	grün	Die Maßnahme wurde umgesetzt. Die Plätze wurden reduziert.	
11_55.167b	Leistungsgewährung Asylbewerber / Ersatzmaßnahme für 55.167	3115	2012	165.000	165.000	165.000	0	100,0%	100,0%	grün	Zum Zeitpunkt des Auflegens der Maßnahme sank die Asylbewerberzahl. Seit über einem Jahr steigt die Zahl derjenigen, die Asylanträge stellen und von der Stadt Hagen betreut werden, stark an. Demzufolge erhöhen sich allerdings auch die Landeszuweisungen, ebenso durch erhöhte Auslastung der Heime die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte (Benutzungsgebühren), sodass der erforderliche Konsolidierungsbetrag aus diesen beiden Ertragspositionen generiert wird.	
11_69.001S	Streichung Verbraucherberatungszuschuss	1223	Ift. 2010	45.000	45.000	45.000	0	100,0%	100,0%	grün	Ergänzung zur Maßnahmenbeschreibung: Der Vertrag ist bis zum 31.12.2017 in Kraft, er verlängert sich um 1 Jahr, längstens bis zum 31.12.2019, wenn er nicht gekündigt wird.	
											Der Konsolidierungsbetrag kann realisiert werden. Die Maßnahmenplanung ändert sich nicht.	

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2015	Hochrechnung 2015	Differenz Hochrechnung 2015 Plan 2015	Zielerreichungsgrad 2015	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme	
11_AÖR.001	Erweiterung SEH/AÖR (früher Maßnahmennummer VB5.001)	AÖR	2012	5.464.842	5.464.842	5.464.842	0	100,0%	100,0%	grün	Die Konsolidierungsvorgabe konnte durch sukzessive Reduzierung des Budgets WBH erreicht werden.	
11_FBOB.001	Optimierung städt. Beteiligungsstruktur	5731	2014	1.600.000	800.000	111.000	-689.000	13,9%	100,0%	gelb	<p>Die Abstimmungen mit allen Beteiligten verlaufen konstruktiv. Die Verwaltung bereitet gerade die rückwirkende Übertragung der städt. HEB-Anteile auf die HVG vor. Ziel ist, die Übertragung bis zum 31.08.2015 abzuschließen, so dass die Steuervorteile noch in diesem Jahr gehoben werden können. Erste Synergiepotentiale können dann beginnend mit dem Jahr 2016 realisiert werden.</p> <p>Die Vorlage zur Übertragung der HUI unter Beteiligung der GIV zur HVG wird nach den Sommerferien in den politischen Gremien beraten. Damit können voraussichtlich ab 2016 die geplanten Steuervorteile gehoben werden. Erste Synergien können dann ebenfalls beginnend ab 2016 realisiert werden. Weitere geringfügige Synergien ergeben sich in 2016 durch die agentur mark und die HAGENagentur, die mittlerweile von der HVG erworben wurden.</p> <p>In Bezug auf die Stadtbeleuchtung haben sich keine Fortschritte ergeben. Die Verwaltung befindet sich weiterhin in Abstimmung mit der Fa. Allander. Die Realisierung des Synergiepotentials bis Ende 2016 wird aber als umsetzbar eingeschätzt.</p>	
11_GWH.002	Verhaltensbedingte Energieeinsparung	GWH	2012	1.094	1.094	1.094	0	100,0%	100,0%	grün	Auf Grund der Komplexität der GWH-Maßnahmen werden die Zusammenhänge zusätzlich gesondert analysiert und dargestellt. Das Ergebnis mit Stellungnahme wird als Anlage 1 des Controllingberichts beigefügt, daher wird auf eine einzelne Stellungnahme bei den Maßnahmen verzichtet.	
11_GWH.110	Energieeinsparung d. energetische Sanierungen	GWH	Ift. 2011	416.318	416.318	416.318	0	100,0%	100,0%	grün	Auf Grund der Komplexität der GWH-Maßnahmen werden die Zusammenhänge zusätzlich gesondert analysiert und dargestellt. Das Ergebnis mit Stellungnahme wird als Anlage 1 des Controllingberichts beigefügt, daher wird auf eine einzelne Stellungnahme bei den Maßnahmen verzichtet.	
11_GWH.120	Energiekostenreduzierung durch Tarifwechsel	GWH	2014	624.538	624.538	624.538	0	100,0%	100,0%	grün	Auf Grund der Komplexität der GWH-Maßnahmen werden die Zusammenhänge zusätzlich gesondert analysiert und dargestellt. Das Ergebnis mit Stellungnahme wird als Anlage 1 des Controllingberichts beigefügt, daher wird auf eine einzelne Stellungnahme bei den Maßnahmen verzichtet.	
11_GWH.130	Einsparung durch Budgetierung	GWH	2013	1.000.000	1.000.000	1.000.000	0	100,0%	100,0%	grün	Auf Grund der Komplexität der GWH-Maßnahmen werden die Zusammenhänge zusätzlich gesondert analysiert und dargestellt. Das Ergebnis mit Stellungnahme wird als Anlage 1 des Controllingberichts beigefügt, daher wird auf eine einzelne Stellungnahme bei den Maßnahmen verzichtet.	
11_GWH.150	Flächenmanagement ohne Abmietung	GWH	2013	854.000	328.000	328.000	0	100,0%	100,0%	grün	Auf Grund der Komplexität der GWH-Maßnahmen werden die Zusammenhänge zusätzlich gesondert analysiert und dargestellt. Das Ergebnis mit Stellungnahme wird als Anlage 1 des Controllingberichts beigefügt, daher wird auf eine einzelne Stellungnahme bei den Maßnahmen verzichtet.	

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2015	Hochrechnung 2015	Differenz Hochrechnung 2015 Plan 2015	Zielerreichungsgrad 2015	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme	
11_GWH.160	Personal (Fluktuation)	GWH	Ift. 2011	2.919.922	2.919.922	2.919.922	0	100,0%	100,0%	grün	Auf Grund der Komplexität der GWH-Maßnahmen werden die Zusammenhänge zusätzlich gesondert analysiert und dargestellt. Das Ergebnis mit Stellungnahme wird als Anlage 1 des Controllingberichts beigefügt, daher wird auf eine einzelne Stellungnahme bei den Maßnahmen verzichtet.	
11_GWH.170	Abbau freiwilliger Leistungen	GWH	2012	4.000	4.000	4.000	0	100,0%	100,0%	grün	Auf Grund der Komplexität der GWH-Maßnahmen werden die Zusammenhänge zusätzlich gesondert analysiert und dargestellt. Das Ergebnis mit Stellungnahme wird als Anlage 1 des Controllingberichts beigefügt, daher wird auf eine einzelne Stellungnahme bei den Maßnahmen verzichtet.	
11_HABIT.003	Reduzierung des IT-Sachkostenzuschusses der Stadt Hagen	HABIT	Ift. 2011	1.500.000	1.500.000	1.500.000	0	100,0%	100,0%	grün	Die Maßnahmenplanung ändert sich nicht. Der städtische Zuschuss für HABIT wurde für die Jahre 2015 ff. entsprechend vermindert.	
11_HABIT.777P	Personaleinsparung im Wirtschaftsplan HABIT	HABIT	Ift. 2011	300.000	300.000	300.000	0	100,0%	100,0%	grün	Die Maßnahme hat sich positiv entwickelt. Das Konsolidierungsziel wurde 2013 vorzeitig erreicht.	
11_OB.005S1	Neuordnung der Wirtschaftsförderung- hier: Stadtwerbung, Hagen-Touristik, Stadtmarketingverein	1111	Ift. 2011	547.314	547.314	547.314	0	100,0%	100,0%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.  Die realisierten/geplanten Beträge erhöhen sich um Einsparungen aus der Gebäudekostenumlage in Höhe von rd. 18.000 €.	
11_OB.005S2	Neuordnung der Wirtschaftsförderung- hier: Wifo, OB/SZW,Europe Direct Büro u. Wirtschaft u. Marketing	5710	Ift. 2011	-95.122	-95.122	-95.122	0	100,0%		grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.  Die realisierten/geplanten negativen Beträge reduzieren sich durch Einsparungen aus der Gebäudekostenumlage um rd. 22.000 €.	
11_OBA.005	Internetwerbung	1111	Ift. 2011	12.000	12.000	12.000	0	100,0%	100,0%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.	
11_OBBC.005S	Zuschussminim. Stadthalle, Alt-Maßnahme	5730	Ift. 2011	80.000	80.000	80.000	0	100,0%	100,0%	grün	Das Konsolidierungsziel wird voraussichtlich eingehalten. Insofern ändert sich die Maßnahmenplanung nicht.	
11_OBBC.006S	Sparkassenausschüttung	5731	Ift. 2011	5.050.500	5.050.500	5.051.291	791	100,0%	100,0%	grün	Die Gewinnausschüttungen der Sparkasse lagen in den letzten Jahren stabil bei rd. 5 Mio. € netto. Bindende Absichtserklärungen bezüglich zukünftiger Ausschüttungen können jedoch nicht abgegeben werden. Gem § 20 (6) SparkG hat der Vorstand dem Verwaltungsrat vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres ein Budget vorzulegen und den Verwaltungsrat zumindest in den ordentlichen Sitzungen über die Einhaltung des Budgets zu unterrichten (Soll-Ist-Vergleich). Weitergehende verbindliche Zusagen können nicht getroffen werden.  Die Maßnahmenplanung ändert sich nicht. Der Rat der Stadt Hagen hat in seiner Sitzung am 18.06.2015 einen Beschluss zur Verwendung des Jahresüberschusses 2014 (DS 0629/2015) in Höhe von 5.051.291 € netto gefasst.	

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2015	Hochrechnung 2015	Differenz Hochrechnung 2015 Plan 2015	Zielerreichungsgrad 2015	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme	
11_OBBC.009S	Ausschüttung Enervie	5731	Ift. 2011	1.250.000	1.250.000	1.250.000	0	100,0%	0,0%	rot	Die Dividenden der ENERVIE fließen nicht der Stadt direkt sondern der HVG zu und reduzieren dort den Zuschussbedarf der Stadt an die HVG für Bäder und ÖPNV. Die Dividendenzahlung in 2015 wird - wie in 2014- ausgesetzt und auf der Ebene der HVG ausgeglichen, so dass sich die Zahlung der Stadt an die HVG nicht erhöht. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen bei der Enervie wird die Verwaltung im Rahmen der Fortschreibung des HSP 2016 geeignete Kompensationsmaßnahmen zur Deckung der wegbrechenden Effekte ab 2016 ff unterbreiten.	
12_14.001	Reduzierung Beratungsleistung durch Wirtschaftsprüfer bei Prüfung des Gesamtabschlusses	1113	2013	36.060	30.603	30.603	0	100,0%	100,0%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.	
12_20.001	Altmaßnahme: Einführung einer Gewässerausbau- und -unterhaltungsgebühr	5520	2016	705.000	0	200.000	200.000	NB	100,0%	grün	Hinsichtlich der Einführung einer Gewässerausbau- und -unterhaltungsgebühr wurde im ersten Schritt eine grundlegende rechtliche Prüfung in Auftrag gegeben. Dabei wurde die Entwässerungsgebühr mit einbezogen. Ergebnis des Gutachtens war, dass der Realisierung satzungrechtliche Gründe entgegenstehen. Eine eigene Ausbau- und Unterhaltungsgebühr wurde unter bestimmten Voraussetzungen jedoch als machbar angesehen. Dies wäre allerdings mit einem erhöhten Aufwand verbunden gewesen, so dass daraufhin die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme erneut geprüft wurde. Die Prüfung der Wirtschaftlichkeit hat ergeben, dass die Einführung einer Gewässerausbau- und -unterhaltungsgebühr nicht sinnvoll ist.  In 2015 kann als Ersatz voraussichtlich ein Minderaufwand bei der Gewässerunterhaltung generiert werden.	
12_20.002	Vergnügungssteuer - Besteuerung für Wettbüros	6110	2014	120.000	120.000	149.800	29.800	124,8%	108,3%	grün	Die Satzung wurde zum 01.08.2014 in Kraft gesetzt. Die Maßnahme verläuft überplanmäßig. Mehrerträge i. H. v. 10.000 € dienen der Kompensation der Maßnahme 12_20.005. Das Konsolidierungsziel wird mit dem HSP 2016 um 10.000 € angehoben.	
12_20.003	Optimierung der Straßenreinigung lt. infa- Gutachten	5450	2014	141.000	53.000	133.000	80.000	250,9%	137,6%	grün	Gemäß der vom Rat beschlossenen Gebührenkalkulation 2015 ergibt sich ein voraussichtlicher Konsolidierungsbeitrag von rd. 133.000 €.□  Die Maßnahme verläuft über Plan. Hierbei ist der geringere Konsolidierungsbeitrag aus der korrespondierenden Maßnahme 11_20.006 zu beachten.	
12_20.005	Vergnügungssteuer - Einführung einer Steuer für sexuelle Dienste	6110	2015	30.000	30.000	20.000	-10.000	66,7%	66,7%	gelb	Nach dem Wegfall größerer Steuerzahler liegt das jährliche Potential bei 20.000 €. Die Kompensation erfolgt durch Mehrerträge aus der Wettbürosteuer 12_20.002. Eine Anpassung des Konsolidierungsziels erfolgt mit der Fortschreibung des HSPs 2016.	
12_20.006	Anhebung der Grundsteuer A und B	6110	2013	13.552.162	13.496.340	13.496.340	0	100,0%	100,0%	grün	Die Maßnahme wurde mit Satzungsbeschluss vom 29.11.2012 realisiert. Sie verläuft planmäßig.	
12_20.007	Beratungsleistung- und Gutachterkosten (Verteilung 2013 10.000 € TP 1120)	1120	2013	10.000	10.000	10.000	0	100,0%	100,0%	grün	Die Maßnahme ist im Jahr 2013 umgesetzt.	

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2015	Hochrechnung 2015	Differenz Hochrechnung 2015 Plan 2015	Zielerreichungsgrad 2015	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme	
12_20.008	Portoersatz Vollsteckungsvorankündigung	1121	2013	16.000	16.000	16.000	0	100,0%	100,0%	grün	Die Maßnahme wurde zum 1.1.2013 umgesetzt.	
12_20.009	Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013	6110	2013	3.787.763	3.787.763	3.963.880	176.117	104,7%	100,0%	grün	Die Maßnahme wurde mit Satzungsbeschluss vom 29.11.2012 realisiert. Im Jahr 2015 zeichnet sich eine positive Entwicklung der Gewerbesteuer ab, so dass der Konsolidierungsbetrag höher als geplant ausfällt.	
12_20.010	Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten	6110	2013	1.143.000	1.143.000	1.143.000	0	100,0%	100,0%	grün	Der zweite Schritt der Steuererhöhung wurde mit Satzungsbeschluss vom 11.12.2014 vollständig umgesetzt. Die zusätzliche Steuersatzerhöhung um 1 % dient der Teilkompensation der Maßnahmen "Einführung einer Energie- und Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen/Erwachsene" (14_SZS.001) und Einführung Beteiligung der Schwimmvereine" (14_SZS.002). Die Maßnahme verläuft planmäßig.	
12_25.001	Weitere Sachkostenreduzierung Innere Verwaltung	6130	2016	284.000	101.300	101.300	0	100,0%	48,6%	rot	Die Alt-Maßnahme 12_25.001 wurde mit einem Konsolidierungsvolumen in Höhe von 284.000 € geführt, da die Aufgabe Beihilfe verlagert wurde und in der neuen Maßnahme 15_11.002 separat ausgewiesen wird. Der Maßnahmenstart ist für 2016 geplant. Tatsächlich wurde die Maßnahme schon im Haushalt 2014/2015 mit einem Volumen von 101.300 € eingeplant. Diese Entwicklung wurde versehentlich nicht in der Fortschreibung HSP übernommen, so dass es hier zu einer Abweichung zwischen Haushalt und HSP kommt. In diesem Bericht wird die Planung im HSP berichtet, um den Einklang zwischen Haushalt und HSP wiederherzustellen. Bei der weiteren Betrachtung ist aufgefallen, dass ab 2016 ein strukturelles Volumen in Höhe 137.900 € erzielt werden kann. Die Anpassung erfolgt in der Fortschreibung 2016.	
12_25.002	Papierloser Sitzungsdienst	1125	2016	50.000	0		NB	100,0%		grün	Zur Realisierung des "Papierlosen Sitzungsdienstes" sind umfangreiche technische Vorkehrungen zu treffen - die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten über den HABIT sind bereits angelaufen (z.B. W-LAN-Antrag). Sofern diese Arbeiten abgeschlossen sind, wird die Maßnahme im Rahmen der Haushaltsplanung 2016 weiter konkretisiert, so dass die genannten Einsparungen erzielt werden können. Von dem Konsolidierungsbetrag i.H.v. 50.000 € sind 10.000 € realistisch, die durch die Einsparung von Druckkosten und Porto vom FB 25 erbracht werden können. In der Fortschreibung 2016 wird die Maßnahme auf 10.000 € herunter gesetzt.	
12_30.001	Rabatte Versicherungsprämien	1123	2013	20.000	20.000	20.000	0	100,0%	100,0%	grün	Es wird davon ausgegangen, dass der Konsolidierungsbetrag gehalten werden kann.	
12_32.002	Gebührenerhöhung Städtisches Gewerberegister	1220	2013	12.100	12.100	12.100	0	100,0%	100,0%	grün	Da die Fallzahlen seit der Einführung stark gesunken sind wurde die Fortschreibung 2015 angepasst. Der nun geplante Konsolidierungsbetrag wird voraussichtlich in diesem Jahr gehalten.	
12_32.003	Gebührenerhöhung Straßenverkehrsbehörde	1222	2013	34.600	34.600	34.600	0	100,0%	100,0%	grün	Da die Fallzahlen seit der Einführung stark gesunken sind wurde die Fortschreibung 2015 angepasst. Der nun geplante Konsolidierungsbetrag wird voraussichtlich in diesem Jahr gehalten.	
12_37.001	Kostendeckende Kalkulation der Rettungsdienstgebühren	1270	2014	300.000	300.000	300.000	0	100,0%	100,0%	grün	Das Ziel der kostendeckenden Kalkulation der Rettungsdienstgebühren konnte im Jahr 2014 nach Absprache mit den Krankenkassen erreicht werden. Die neu erstellte Rettungsdienstgebührensatzung wurde am 27.03.2014 durch den Rat beschlossen und ist am 01.04.2014 planmäßig in Kraft getreten.	

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2015	Hochrechnung 2015	Differenz Hochrechnung 2015 Plan 2015	Zielerreichungsgrad 2015	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme	
12_45.001	Eintrittsgelder Kunstquartier	2520	2012	10.000	10.000	10.000	0	100,0%	100,0%	grün	Seit 2009 entwickeln sich die Besucherzahlen des Kunstquartiers folgendermaßen: 2009: 21.046; 2010(Kulturhauptstadtjahr): 41.138; 2011: 24.179; 2012: 23.673; bis einschließlich Oktober 2013: 34.414 Besucherinnen und Besucher.	Für 2015 wurde die Ausstellungsplanung durch die Leitung des Osthaus Museums dem Besuchsverhalten angepasst, soweit dies in einem Museumsbetrieb organisatorisch möglich ist. Um die Maßnahme umsetzen zu können und die Besuchszahlen des Kunstquartiers zu erhöhen wurde im Januar bis einschließlich Mai im Kunstquartier/Osthaus Museum Hagen eine Hundertwasser- Ausstellung mit einem Investor realisiert. Es wird davon ausgegangen, dass 2015 dass Planziel erreicht werden kann. In der Fortschreibung 2016 wird der Konsolidierungsbetrag dann auf Null gesetzt und durch Übererfüllung der Maßnahme 11_45.004S kompensiert.
12_46.001	Vorschlag GPA: Zuschussreduzierung Theater	2561	2014	850.000	230.000	230.000	0	100,0%	100,0%	grün	Das Einsparvolumen dieser Maßnahme beträgt insgesamt 850 T€. Diese Summe setzt sich zusammen aus einem Konsolidierungsbetrag i.H.v. 350 T€ im Bereich der Personalaufwendungen und einen weiteren Betrag i.H.v. 500 T€ für Sachaufwendungen. Letzteres Einsparziel ist mit der Umwandlung des Theaters in eine andere Rechtsform verknüpft. Die Grundsatzentscheidung zur Rechtsform der gGmbH wurde mit Ratsbeschluss vom 11.07.2013 verabschiedet. Die abschließende Entscheidung erfolgte mit Ratsbeschluss vom 15.05.2014 (Vorlage 0294-1/2014). In der Ergänzungsvorlage 0294-2/2014 wurde die Aufnahme des Geschäftsbetriebes der Theater Hagen gGmbH auf den 1.1.2015 verschoben. Die Konsolidierungssumme ist für das Jahr 2016 veranschlagt. Die Konsolidierungsbeträge sind in den Wirtschaftsplänen ab 2015 eingeplant. Die Zielvorgabe für die Personalkostenreduzierung wurde mit einer ersten Rate für das Jahr 2014 eingeplant und erhöht sich bis 2016 auf den Gesamtwert von 350 T€. Zur Zielerreichung werden bereits Personalkosten- und Fluktuationsanalysen durchgeführt.	
12_47.001	Sachkostenreduzierung Historisches Centrum Hagen	2521	2012	10.000	10.000	10.000	0	100,0%	100,0%	grün	Die Maßnahme ist umgesetzt.	
12_47.002	Standortverlagerung Historisches Centrum Hagen	2521	2016	259.700	0		NB	100,0%		grün	Der Kultur- und Weiterbildungsausschuss hat die Verwaltung im Februar 2015 beauftragt, die Kosten für eine vorzeitige Abmietung des derzeitigen Standorts zu ermitteln, zusätzlich ein ausstellungstechnisches Konzept für die neuen Standorte zu erarbeiten und regelmäßig über den Stand der Entwicklung zu informieren. Nach Vorliegen einer politischen Beschlusslage kann die Maßnahme 2016 begonnen werden. Derzeit werden Gespräche mit dem LWL und dem Vermieter geführt. Es wird davon ausgegangen, dass der Konsolidierungsbetrag erreicht wird.	
12_48.002	Altmaßnahme: Parkgebühren für Kfz von Lehrkräften auf Schulhöfen einführen	1116	2014	70.000	20.000	20.000	0	100,0%	100,0%	grün	Der Konsolidierungsbetrag kann in 2015 voraussichtlich in voller Höhe realisiert werden.	

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2015	Hochrechnung 2015	Differenz Hochrechnung 2015 Plan 2015	Zielerreichungsgrad 2015	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme	
12_53.001	Gebührenerhöhung Medizinalaufsicht, amtsärztliche Gutachten und Infektionsschutz	4140	2013	20.000	20.000	20.000	0	100,0%	100,0%	grün	Nach der aktuellen Hochrechnung werden die prognostizierten Gebührenmehreinnahmen in der Summe der drei Bereiche "Medizinalaufsicht" (1.41.40.01), "amtsärztliche Gutachten" (1.41.40.03.03) und "Hygieneüberwachung" (1.41.40.07.02) erreicht.	
12_55.001	Mehreinnahmen Unterhaltsvorschussleistungen	3141	2014	50.000	50.000	0	-50.000	0,0%	0,0%	rot	Die Maßnahme 12_55.001 soll ab 2014 jährlich 50.000 € erbringen. Inzwischen konnten die in 2013 freien Stellen wiederbesetzt werden. Trotz der Besetzung aller Stellen ist mit einer gravierenden Verbesserung des Ergebnisses nicht zu rechnen, weil es nach wie vor einen extrem hohen krankheitsbedingten Ausfall beim Personal gab (im Umfang einer VZ-Stelle), unterstützende Tätigkeiten durch andere nur vorübergehend (bis November 2015) geleistet werden können und der Selbstbehalt für Unterhaltschuldner angehoben wurde. Es ist daher damit zu rechnen, dass die Maßnahme wegbricht.	
12_55.005	Abmietung Übergangsheim Voerde Straße bis 2016	3115	2016	51.747	0	0	0	NB	0,0%	rot	Die geringe Auslastung des Heims ließ bisher eine Aufgabe sinnvoll erscheinen. Die Vertragsmodalitäten ließen aber unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten keine Abmietung vor 2016 zu. Auf Grund der aktuellen Zuweisungen durch den Bund ist das Übergangsheim nun zu 100% ausgelastet. Mittlerweile werden auch weitere Unterkünfte akquiriert. Somit ist eine Realisierung der Maßnahme jetzt nicht mehr haltbar und wird mit dem HSP 2016 fortgeschrieben.	
12_55.006	Umsetzung des Urteils des VerfGH zu den finanziellen Folgen der Umsetzung des KiföG ; Belastungsausgleich U3	3650	2012	900.000	892.977	892.977	0	100,0%	100,0%	grün	Die Maßnahmenplanung ändert sich nicht. Die über die Konsolidierungsbeträge hinausgehenden Ausgleichszahlungen werden für den weiteren U3-Ausbau investiv verwandt.	
12_FBOB.002	Reduzierung der Aufwendungen für politische Gremien	1110	2014	12.500	12.500	12.500	0	100,0%	100,0%	grün	Die Maßnahme ist umgesetzt. Das Konsolidierungspotential wurde bereits in 2014 gehoben.	
12_FBOB.003	Reduzierung des Ansatzes für Veranstaltungen	1111	2013	10.372	10.372	10.372	0	100,0%	100,0%	grün	Die Maßnahme wurde bereits in 2013 abgeschlossen.	
12_FBOB.004	Optimierung bei den Freibädern, Schlechtwetterkonzept; Synergien HVG	5731	2012	600.000	600.000	600.000	0	100,0%	100,0%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.	
12_FBOB.005	Erhöhung Ausschüttung ENERVIE ab 2016	5731	2016	1.000.000	0			NB	0,0%	rot	Die Dividenden der ENERVIE fließen nicht der Stadt direkt sondern der HVG zu und reduzieren dort den Zuschussbedarf der Stadt an die HVG für Bäder und ÖPNV. Die Dividendenzahlung in 2015 wird - wie in 2014 - ausgesetzt und auf der Ebene der HVG ausgeglichen, so dass sich die Zahlung der Stadt an die HVG nicht erhöht.  Aufgrund der aktuellen Entwicklungen bei der Enervie wird die Verwaltung im Rahmen der Fortschreibung des HSP 2016 geeignete Kompensationsmaßnahmen zur Deckung der wegbrechenden Effekte ab 2016 ff unterbreiten.	
12_FBOB.006	Einsparungen durch Amtsblatt	1111	2013	32.000	32.000	32.000	0	100,0%	100,0%	grün	Die Maßnahme ist bereits in 2013 in voller Höhe realisiert worden. Die Maßnahme ist damit abgeschlossen.	

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2015	Hochrechnung 2015	Differenz Hochrechnung 2015 Plan 2015	Zielerreichungsgrad 2015	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme	
12_GWH.001	Reduzierung der Miete an GWH (Bauunterhaltung)	GWH	2014	1.100.000	1.100.000	1.100.000	0	100,0%	100,0%	grün	Auf Grund der Komplexität der GWH-Maßnahmen werden die Zusammenhänge zusätzlich gesondert analysiert und dargestellt. Das Ergebnis mit Stellungnahme wird als Anlage 1 des Controllingberichts beigefügt, daher wird auf eine einzelne Stellungnahme bei den Maßnahmen verzichtet.	
12_GWH.003	Abmietung Martin-Luther-Str. 12,	GWH	2013	188.000	188.000	199.412	11.412	106,1%	106,1%	grün	Die Maßnahme wurde Mitte 2013 durch Kündigung und Freizug des Gebäudes realisiert. Zum Zeitpunkt der Aufstellung dieser Maßnahme wurde eine jährliche Miete von 188.000 € angenommen. Tatsächlich wurden nach der vorliegenden Endabrechnung 199.412 € bezahlt.	
12_GWH.005	(alt: 11_20.010) Sachkostenreduzierung im TP 5450 (fiskalische Flächen)	GWH	2014	29.880	29.880	29.880	0	100,0%	100,0%	grün	Auf Grund der Komplexität der GWH-Maßnahmen werden die Zusammenhänge zusätzlich gesondert analysiert und dargestellt. Das Ergebnis mit Stellungnahme wird als Anlage 1 des Controllingberichts beigefügt, daher wird auf eine einzelne Stellungnahme bei den Maßnahmen verzichtet.	
12_HABIT.001	Vorschlag GPA: HABIT	HABIT	2015	100.000	100.000	100.000	0	100,0%	100,0%	grün	Die Maßnahme ist bereits in 2013, mit Effekten in einer Größenordnung von rd. 70.000 €, gestartet. Der städtische Zuschuss für HABIT wurde für die Jahre 2014 ff. entsprechend vermindert. Nach jetziger Einschätzung können die fehlenden 30.000 € in 2015 erbracht werden.	
12_VB5.004	Konzessionsvertrag Städtemedien neu ausschreiben	1123	2016	500.000	0	0	0	NB	0,0%	grün	Der laufende Vertrag wurde zum 31.12.2014 gekündigt. Die weitere Vorgehensweise wurde in der Vorlage 0322/2014 - Neuvergabe Außenwerberberechte in Hagen - beschrieben und vom Rat der Stadt Hagen am 15.05.2014 beschlossen.  Aufgrund einer europaweit durchgeföhrten Ausschreibung wurde das Recht zur Werbung an Masten der öffentlichen Straßenbeleuchtung zum 01.04.2015 an die Firma Klimm GmbH + Co. KG vergeben. Die Ausschreibung hinsichtlich der sonstigen Werbeträger wurde aufgehoben, da nur ein Angebot einging und dieses in keiner Weise den Vorstellungen der Stadt entsprach (s. Vorlage 0385/2015 - Ratsbeschluss vom 07.05.2015). Mit dem bisherigen Vertragspartner DSM wurde vereinbart, den Vertrag (ohne Mastschilder) bis zum 31.12.2015 fortzusetzen. Die Zeit bis zum Jahresende soll genutzt werden, um noch eine Regelung mit für beide Seiten auskömmlichen Bedingungen zu erzielen. Aufgrund geänderter Marktbedingungen ist das Konsolidierungsziel nicht erreichbar. Das gilt für 2016 und die Folgejahre. In der Fortschreibung 2016 wird die Maßnahme angepasst und durch Ersatzmaßnahmen kompensiert.	
12_WBH.001	Budgetvorgabe WBH (insgesamt 300.000 €, u.a. TP 5410, 5430, 5440)	AÖR	2015	300.000	300.000	300.000	0	100,0%	100,0%	grün	Der Konsolidierungsbetrag wurde bereits bei der Haushaltplanung 2014/2015 berücksichtigt und das Budget WBH entsprechend für 2015 reduziert. Es wird daher davon ausgegangen, dass die Konsolidierungsvorgabe realisiert werden kann.	

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2015	Hochrechnung 2015	Differenz Hochrechnung 2015 Plan 2015	Zielerreichungsgrad 2015	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme	
13_11.001	Abbau von Rückstellungen durch Betriebsurlaub zum Jahreswechsel	1114	2014	500.000	500.000	250.000	-250.000	50,0%	100,0%	gelb	Im Frühjahr 2015 wurde gemeinsam mit dem Personalrat eine Dienstvereinbarung zur Schließung der Verwaltung sowohl zum Jahresende, als auch zu verschiedenen Brückentagen entwickelt. Diese wurde am 10.03.2015 unterzeichnet, um bereits in 2015 Anwendung zu finden und zu einem signifikanten Abbau der Rückstellung führen zu können. Es ist geregelt, dass die Verwaltung an bis zu 6 Werktagen im Jahr geschlossen werden kann. In der Regel kommen hierfür Christi Himmelfahrt, Fronleichnam, Tag der Deutschen Einheit, Allerheiligen und der Zeitraum zwischen Weihnachten und dem Jahreswechsel in Betracht. Für das Jahr 2015 wurden 5 Tage (15.05., 05.06., 28.-30.12.) für eine verwaltungsweite Schließung bestimmt.	
13_37.001	Verkauf von Feuerwehrfahrzeugen über Zoll-Auktion	1260	2014	2.000	2.000	2.000	0	100,0%	100,0%	grün	Die Verkaufsplattform Zollauktion.de wird erfolgreich genutzt.	
13_37.002	Verkauf von Rettungsdienstfahrzeugen über Zoll-Auktion	1270	2014	2.000	2.000	2.000	0	100,0%	100,0%	grün	Die Verkaufsplattform Zollauktion.de wird erfolgreich genutzt.	
13_GWH.001	Verstärkte Verkaufsaktivitäten bei Grundstücken	1123	2014	0	200.000	140.589	-59.411	70,3%		gelb	Auf Grund der Komplexität der GWH-Maßnahmen werden die Zusammenhänge zusätzlich gesondert analysiert und dargestellt. Das Ergebnis mit Stellungnahme wird als Anlage 1 des Controllingberichts beigefügt, daher wird auf eine einzelne Stellungnahme bei den Maßnahmen verzichtet.	
13_GWH.002	Wirtschaftsplan GWH	GWH	2014	0	526.000	890.623	364.623	169,3%		grün	Auf Grund der Komplexität der GWH-Maßnahmen werden die Zusammenhänge zusätzlich gesondert analysiert und dargestellt. Das Ergebnis mit Stellungnahme wird als Anlage 1 des Controllingberichts beigefügt, daher wird auf eine einzelne Stellungnahme bei den Maßnahmen verzichtet.	
14_11.001	Neuverhandlung von Dienstvereinbarungen bei Stadt und Unternehmen	6130	2016	20.000	0	3.000	3.000	NB	100,0%	grün	<p>Die bestehenden Dienstvereinbarungen bei der Stadt Hagen wurden gesichtet. Dienstvereinbarungen mit finanziellen Auswirkungen bestehen nur in einem geringen Umfang. Im Verlaufe des über die Jahre bestehenden Konsolidierungzwanges wurde ein großer Teil der Regelungen bereits abgeschafft bzw. durch gesetzliche bzw. tarifliche Regelungen ersetzt.</p> <p>Die mit dem Gesamtpersonalrat abgeschlossenen Dienstvereinbarungen enthalten bei einer Kündigung den Zusatz der Nachwirkung. Das bedeutet, dass die bestehende Dienstvereinbarung im Falle einer Kündigung bis zum Abschluss einer neuen Vereinbarung weiterhin Geltung behält.</p> <p>Zur Zeit werden mit dem Gesamtpersonalrat Gespräche in den jeweiligen Einzelfällen mit dem Ziel einer Neuverhandlung geführt.</p> <p><b>Umsetzungsstand:</b> Obwohl die Maßnahme 2016 starten soll, konnte durch die Kündigung der Regelung über die Erstattung dienstlich genutzter Privathandys eine Konsolidierungssumme in Höhe von 3.000 € generiert werden. Die Umsetzung erfolgte zum 01.01.2015.</p>	
14_20.001	Hundebestandsaufnahme	6110	2016	180.000	0	72.000	72.000	NB	100,0%	grün	Die Maßnahme ist bereits angelaufen. Insgesamt liegen Mehrerträge von 100.000 € vor, von denen 72.000 €, das entspricht ca. 400 zusätzlich erfassten Hunden, dieser Maßnahme zugerechnet werden können.	

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2015	Hochrechnung 2015	Differenz Hochrechnung 2015 Plan 2015	Zielerreichungsgrad 2015	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme	
14_20.002	Aktives Schuldenmanagement	6120	2015	198.067	328.700	494.200	165.500	150,4%	191,2%	grün	Durch aktives Schuldenmanagement im Rahmen der Emission von Schuldscheindarlehen kann der Zinsaufwand für 2014 und 10 Folgejahre reduziert werden. Die Erhöhung des Konsolidierungsziels durch die Emission weiterer Schuldscheindarlehen wird im HSP 2016 berücksichtigt. Die Maßnahme ist realisiert.	
14_20.003	Änderung der Mahnsystematik im Bereich der Grundbesitzabgaben	1121	2015	15.000	15.000	15.000	0	100,0%	100,0%	grün	Die Umsetzung der Maßnahme ist im Laufe des Jahres 2014 erfolgt und entwickelt sich planmäßig.	
14_25.001	Schließung der Kantine/Cafeteria zum 30.06.2014	1126	2014	120.000	120.000	120.000	0	100,0%	100,0%	grün	Die Kantine/Cafeteria konnte bis zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund einer bestehenden Dienstvereinbarung nicht geschlossen werden. Zur Zeit wird ein Pächter für die Kantine/Cafeteria per Ausschreibung gesucht. Die Ausschreibung der Cafeteria wurde am 10.02.2015 veröffentlicht (Vergabeplattform metropoleruhr.de; Angebotsfrist: 05.03.2015). Das Ergebnis der Ausschreibung wird derzeit ausgewertet.	
14_32.001	Schließung der dezentralen Bürgerämter	1123	2016	37.000	0	0	0	NB	100,0%	grün	Die vorzeitige Schließung zum 01.07.2014 des Bürgeramtes Eilpe- Dahl wurde durch den Rat am 27.03.2014 beschlossen und zum 01.07.2014 durchgeführt. Die Einsparung ist Teil der Maßnahme 13_GWH.002. In der Fortschreibung HSP 2016 geht die Maßnahme in die Maßnahme 13_GWH.002 ein.	
14_32.002	Geschwindigkeitsüberwachung	1222	2014	700.000	1.000.000	1.100.000	100.000	110,0%	100,0%	grün	Die zweite mobile Geschwindigkeitsmessanlage wurde Anfang 2014 in Betrieb genommen. Die geplante stationäre Überwachungsanlage auf der BAB A45 /Baustelle Lennetalbrücke wurde im Juli 2015 in Betrieb genommen. Die bisher durch die Polizei in diesem Bereich vorgenommenen Geschwindigkeitsmessungen wurden dieser Maßnahme bereits zugeordnet. Weitere Überwachungsanlagen sind in Vorbereitung. Es wird davon ausgegangen, dass der Maßnahmehbetrag um 100.000 € überschritten wird.	
14_48.001	Sachkostenreduzierung Lernmittel	2131	2014	373.000	373.000	373.000	0	100,0%	100,0%	grün	Der Konsolidierungsbetrag kann voraussichtlich erzielt werden	
14_48.003	Neufassung der Gebührenordnung der Stadtbücherei Hagen	2572	2014	9.000	9.000	9.000	0	100,0%	100,0%	grün	Unter Beachtung des demografischen Rückgangs der Leserschaft und der Reaktion auf die Gebührenerhöhung wird der Leserrückgang auf 10% geschätzt. Damit ergäbe die Gebührenerhöhung im Saldo Mehreinnahmen von rund 9.000 € pro Jahr. Der Konsolidierungsbetrag 2015 kann voraussichtlich erzielt werden.	
14_48.004	Entgelterhöhung Volkshochschule Hagen	2571	2014	100.000	100.000	19.000	-81.000	19,0%	38,4%	rot	Aufgrund einer Kommunikationspanne konnte der ursprünglich geplante Betrag im Rahmen der Fortschreibung 2015 nicht mehr auf die vorgesehenen 19.000 € korrigiert werden. Trotz des hier auftretenden Defizits für 2015 liegt der HSP insgesamt im positiven Bereich. Im Rahmen der Fortschreibung ab 2016 werden dann voraussichtlich 38.400 €/Jahr erreicht.	
14_55.157	Verträge mit fünf Hagener Wohlfahrtsverbänden, hier Wegfall der Pauschalzuweisung	3131	2016	75.000	0	0	0	NB	100,0%	grün	Die Maßnahme wird wie beschlossen ab 2016 umgesetzt.	
14_60.001	Anpassung der Parkgebühren	5460	2014	600.000	600.000	600.000	0	100,0%	100,0%	gelb	Der Konsolidierungsbetrag von 600.000 € kann voraussichtlich erbracht werden.	

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2015	Hochrechnung 2015	Differenz Hochrechnung 2015 Plan 2015	Zielerreichungsgrad 2015	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme	
14_61.001	Verzicht Retrodigitalisierung Bauakten	5210	2014	0	143.000	143.000	0	100,0%		grün	Die Ausschreibung zur Digitalisierung der Bauakten erfolgt Ende 2015/Anfang 2016. Die Refinanzierung ist über das Budget "Dokumentenmanagement" beim HABIT gesichert. Der Einsparbetrag i.H.v. 143.000 € kann daher - trotz Durchführung - realisiert werden.	
14_69.004	Kürzung Sachmittel Umweltamt	5540	2015	20.000	20.000	20.000	0	100,0%	100,0%	grün	Die Maßnahmenplanung ändert sich nicht.	
14_FBOB.001	Reduzierung stellvertretende Bezirksvorsteher	1110	2014	11.000	11.000	11.000	0	100,0%	100,0%	grün	Die Maßnahmenplanung ändert sich nicht.	
14_FBOB.004	Erhöhung Ausschüttung HEB	5370	2014	100.000	100.000	88.600	-11.400	88,6%	100,0%	gelb	Die Gewinnausschüttung des HEB aus dem Jahresabschluss 2014 fällt rd. 11.000 € geringer als geplant aus. Dieser Minderertrag wird durch Mehrerträge bei der Maßnahme "14_FBOB.008 Ausschüttung WBH" kompensiert.	
14_FBOB.008	Gewinnausschüttung WBH	5380	2014	2.000.000	2.000.000	2.050.000	50.000	102,5%	100,0%	grün	Die Gewinnausschüttung des WBH aus dem Jahresabschluss 2014 wird um 50.000 € höher als veranschlagt ausfallen. Dieser Mehrertrag wird zur anteiligen Deckung der wegbrechenden Effekte bei den Maßnahmen "14_FBOB.004 Erhöhung Ausschüttung HEB" und "11_FBOB.001 Optimierung städt. Beteiligungsstruktur" herangezogen.	
14_GWH.002	Schließung der öffentl. WC-Anlage Vollbrinkstr.	GWH	2014	9.000	9.000	10.377	1.377	115,3%	115,3%	grün	Auf Grund der Komplexität der GWH-Maßnahmen werden die Zusammenhänge zusätzlich gesondert analysiert und dargestellt. Das Ergebnis mit Stellungnahme wird als Anlage 1 des Controllingberichts beigefügt, daher wird auf eine einzelne Stellungnahme bei den Maßnahmen verzichtet.	
14_GWH.003	Auflösung des Eigenbetriebes GWH und Restrukturierung als Regiebetrieb	GWH	2016	500.000	0	0	0	NB	100,0%	grün	Auf Grund der Komplexität der GWH-Maßnahmen werden die Zusammenhänge zusätzlich gesondert analysiert und dargestellt. Das Ergebnis mit Stellungnahme wird als Anlage 1 des Controllingberichts beigefügt, daher wird auf eine einzelne Stellungnahme bei den Maßnahmen verzichtet.	
14_GWH.004	Vertragsänderung bei FernwärmeverSORGUNG	GWH	2014	32.420	32.420	32.420	0	100,0%	100,0%	grün	Auf Grund der Komplexität der GWH-Maßnahmen werden die Zusammenhänge zusätzlich gesondert analysiert und dargestellt. Das Ergebnis mit Stellungnahme wird als Anlage 1 des Controllingberichts beigefügt, daher wird auf eine einzelne Stellungnahme bei den Maßnahmen verzichtet.	
14_GWH.007	Ersatzmaßnahme Gegenseitige Liquiditätsverstärkung mit der GWH	GWH	2014	35.000	35.000	9.000	-26.000	25,7%	0,0%	rot	Auf Grund der Komplexität der GWH-Maßnahmen werden die Zusammenhänge zusätzlich gesondert analysiert und dargestellt. Das Ergebnis mit Stellungnahme wird als Anlage 1 des Controllingberichts beigefügt, daher wird auf eine einzelne Stellungnahme bei den Maßnahmen verzichtet.	

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2015	Hochrechnung 2015	Differenz Hochrechnung 2015 Plan 2015	Zielerreichungsgrad 2015	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
14_HABIT.001	Stadtweite Geschäftsprozessoptimierung im Bereich IT	6130	2016	500.000	0			NB	100,0%	grün	<p>Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) hat im Rahmen ihrer Beratung zum Stärkungspakt Organisation und Aufbau im Bereich IT für den engeren Konzern der Stadt Hagen eine Untersuchung durchgeführt und empfiehlt eine stadtweite Geschäftsprozessoptimierung im Bereich IT. Durch eine Zusammenführung der beiden Rechenzentren HABIT und IT der Wirtschaftsbetriebe (bzw. Aufgabe eines Rechenzentrums) soll ein Einsparpotenzial von 500.000 € erzielt werden. □</p> <p>Die konkreten Einzelheiten dieser Maßnahme wurden im Laufe des Jahres 2014 mit Hilfe der GPA ermittelt, die hierzu einen externen IT-Berater beauftragte. Die Ausschreibung seitens der GPA ist nach wie vor in Vorbereitung.</p> <p>Die von der GPA im Rahmen der Konsolidierungsberatung zu beauftragende Prozess-Untersuchung soll ihre Schwerpunkte an Hand der Ergebnisse der überörtlichen Prüfung setzen. Im Laufe der letzten Monate ergaben sich durch verschiedene Kontakte mit anderen Kommunen aber Hinweise, dass hinsichtlich der Zurechnung von verwaltungsinternen Prozessen und Personalanteilen zu HABIT-Dienstleistungen nicht in allen Kommunen die Daten so aufbereitet wurden, wie dies in Hagen erfolgt ist. In Hagen wurden dezentrale Funktionen offenbar in stärkerem Maße den HABIT-Prozessen zugeordnet, als dies in anderen Städten erfolgt ist. Dies führt nach Einschätzung des HABIT und des Fachbereiches 11 zu einer im interkommunalen Vergleich überhöhten Belastung dieser Prozesse. Daher wurden einige Ergebnisse mit der GPA neu diskutiert und bereinigte Zahlen von Seiten der Stadt geliefert.</p> <p>Da diese neuen Zahlen nach Einschätzung von HABIT Einfluss auf die Schwerpunktsetzung der Prozessuntersuchung haben können, wurde die Vergabe von hier aus zurückgestellt, bis die endgültigen Erkenntnisse zu dem Themenkomplex EDV vorliegen. Auf Grund der neueren Auswertungen der Vergleichszahlen aus der überörtlichen Prüfung im Bereich IT muss die Leistungsbeschreibung für die externe Beratung durch die GPA aus der Sicht der Stadt noch einmal überarbeitet werden. Auf Grundlage der veränderten Vergleichszahlen auf Hagerer Seite war es aus der Sicht der Stadt Hagen sinnvoll die Untersuchungsschwerpunkte zu verschieben. Daher hat sich der Beginn der Vorarbeiten leider verzögert. An der Maßnahme wird von Seiten der Stadt festgehalten. Es wird weiter versucht unter Beratung durch die GPA hier noch für 2016 Ergebnisse zu erzielen. Sollte dies nicht gelingen und der Maßnahmebeginn verschoben werden müssen, wird die Stadt mit der Fortschreibung des HSP entsprechende (temporäre) Ersatzmaßnahmen einstellen.</p>

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2015	Hochrechnung 2015	Differenz Hochrechnung 2015 Plan 2015	Zielerreichungsgrad 2015	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
14_VB4.001	Kürzung Kulturbudget 10%	6130	2018	2.250.000	0			NB	100,0%	grün	<p>Die Konsolidierung soll im Produktbereich Kultur erbracht werden. Dazu gehört ebenfalls das Theater, das im Verhältnis zu dem übrigen Kulturbereich mehr als die Hälfte des Zuschussbedarfes umfasst. Durch die Rechtsformänderung beim Theater wird ein Konsolidierungspotenzial von 850 T€ bis 2016 erwartet. Dies soll sich insbesondere durch Synergieeffekte durch die Rechtsformänderung ergeben. Das HSP enthält weitere Sparmaßnahmen im Kulturbereich bis 2016, die sich in der Umsetzung befinden. Der Eindruck, dass der Kulturbereich erst ab 2016 in die Konsolidierung mit einbezogen wird, ist demnach nicht richtig.</p> <p>Weitere Konsolidierungen im Bereich Kultur/Theater ab 2018 wurden nun bereits mit dem HSP 2014 politisch beschlossen, um für die erforderlichen Konzepte genügend zeitlichen Vorlauf zu haben, damit eine Realisierung des zusätzlichen Effekts auch wie geplant gelingen kann. Dabei wird insbesondere dem Umstand Rechnung getragen, dass ein zusätzlicher Effekt in dieser Größenordnung wahrscheinlich nicht ohne Personalabbau (vor allem im Bereich Theater/Orchester) erfolgen kann. Daher ist ein zeitlicher Vorlauf unabdingbar, um solche Maßnahmen ohne betriebsbedingte Kündigungen umsetzen zu können. Auch ggf. notwendige Preiserhöhungen lassen sich nicht früher erzielen, da bereits für 2014/2015 beim Theater Preiserhöhungen geplant sind, um die bisherigen Konsolidierungsmaßnahmen umzusetzen. Dies darf nicht überreizt werden, da ansonsten der Besucherschwund die zusätzlichen Einnahmen überkompensieren wird. Auch sollen die Ergebnisse des Kulturrentwicklungsplanes abgewartet werden, um eine Schwerpunktsetzung im Bereich Kultur vornehmen zu können.</p> <p>Die Verwaltung hat erste Umsetzungsvorschläge in die politische Beratung eingebracht, die von einer zunächst gleichmäßigen Verteilung der Kürzungssumme auf alle Kulturbereiche ausgeht. Nach Diskussionen im politischen Raum wurden die Auswirkungen dieser Vorgaben konkretisiert und der Politik vorgestellt. Derzeit befindet sich die Verwaltung im Dialog mit der Politik und arbeitet entsprechende Fragenkataloge ab. Sollte im Rahmen der politischen Beratung eine andere Schwerpunktsetzung gewünscht sein, erwartet die Verwaltung aus der Politik entsprechende Hinweise oder Vorgaben, um dann im weiteren Verlauf entsprechende konkrete Einsparvorschläge zur Beschlussfassung durch den Rat zum 30.11.2015 vorzulegen.</p>
15_11.001	Funktionsverlagerung IT-Koordination	1115	2016	300.000	0	0	0	NB	100,0%	grün	<p>Auf Grund der neueren Auswertungen der Vergleichszahlen aus der übrerörtlichen Prüfung im Bereich IT muss die Leistungsbeschreibung für die externe Beratung durch die GPA noch einmal überarbeitet werden. Auf Grundlage der veränderten Vergleichszahlen auf Hagener Seite war es aus der Sicht der Stadt Hagen sinnvoll die Untersuchungsschwerpunkte zu verschieben. Daher hat sich der Beginn der Vorarbeiten leider verzögert. An der Maßnahme wird von Seiten der Stadt festgehalten. Es wird weiter versucht unter Beratung durch die GPA hier noch für 2016 Ergebnisse zu erzielen. Sollte dies nicht gelingen und der Maßnahmbeginn verschoben werden müssen, wird die Stadt mit der Fortschreibung des HSP entsprechende (temporäre) Ersatzmaßnahmen einstellen.</p>

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2015	Hochrechnung 2015	Differenz Hochrechnung 2015 Plan 2015	Zielerreichungsgrad 2015	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme	
15_11.002	Erträge im Bereich Beihilfe - Arzneimittelrabatte	1114	2016	32.000	20.000	32.000	12.000	160,0%	100,0%	grün	<p>Der Aufgabenbereich „Beihilfe“ wurde Anfang 2015 vom FB 25 zum FB 11 verlagert. Damit einhergehend wird die Maßnahme 12_25.001 gesplittet. Der Konsolidierungsbeitrag dieser Maßnahme, der durch den Aufgabenbereich „Beihilfe“ geleistet werden soll, wird separat in der neuen Maßnahme 15_11.002 „Erträge im Bereich Beihilfe - Arzneimittelrabatte“ mit einem Konsolidierungsvolumen in Höhe von 32.000 € ausgewiesen. Die Alt-Maßnahme 12_25.001 wird mit einem Konsolidierungsvolumen in Höhe von 284.000 € weitergeführt. □</p> <p>Der Maßnahmenstart für die Maßnahme 15_11.002 ist für 2016 geplant. Tatsächlich wurde die Maßnahme schon im Haushalt 2014/2015 mit einem Volumen von 20.000 € eingeplant. Diese Entwicklung wurde versehentlich nicht in der Fortschreibung HSP übernommen, so dass es hier zu einer Abweichung zwischen Haushalt und HSP kommt. In diesem Bericht wird die Planung im HSP berichtigt, um den Einklang zwischen Haushalt und HSP wiederherzustellen. Die Maßnahme wird dieses Jahr voraussichtlich den kompletten Konsolidierungsbetrag erzielen.</p> <p>Es handelt sich bei den geplanten Erstattungen um Rabatte auf bereits im Rahmen der Beihilfe geleistete Medikamentenzahlungen.</p>	
15_48.001	Abmietung VHS Langenkampstr.	2571	2015	148.000	148.000	148.000	0	100,0%	100,0%	grün	<p>Der Mietvertrag Langenkampstr. 14 endete am 31.12.2014. Nach aktueller Meldung durch die GWH betragen die Mietkosten der VHS in der Pestalozzischule ca 15.600 €/Jahr. Da in gleicher Höhe eine Einsparung der Kosten der Pestalozzischule entstehen, ist keine weitere Kompensation erforderlich. Der Konsolidierungsbetrag wird somit in voller Höhe realisiert.</p>	
15_FBOB.001	Zuschusskürzung agentur mark GmbH	5710	2015	18.000	18.000	18.000	0	100,0%	100,0%	grün	<p>Die Zuschusskürzung bei der agentur mark GmbH dient der teilweisen Kompensation der Maßnahmen "Einführung einer Energie- und Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen / Erwachsene" (14_SZS.001) und "Einführung Beteiligung der Schwimmvereine" (14_SZS.002), die nicht durch den Rat beschlossen wurden (siehe auch Maßnahmen 12_20.010 "Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten" und 15_SZS.004 "Refinanzierung Mietkosten für Sportstätten aus der Sportpauschale"). Die Maßnahme wurde mit Ratsbeschluss vom 11.12.2014 umgesetzt.</p>	
15_GWH.001	Rabatt Energiebezug	GWH	2015	360.000	360.000	0	-360.000	0,0%	100,0%	gelb	<p>Auf Grund der Komplexität der GWH-Maßnahmen werden die Zusammenhänge zusätzlich gesondert analysiert und dargestellt. Das Ergebnis mit Stellungnahme wird als Anlage 1 des Controllingberichts beigefügt, daher wird auf eine einzelne Stellungnahme bei den Maßnahmen verzichtet.</p>	
15_GWH.002	Ersatzmaßnahme Abführung Jahresüberschuss 2014	GWH	2015	0	0	500.000	500.000	NB		grün	<p>Auf Grund der Komplexität der GWH-Maßnahmen werden die Zusammenhänge zusätzlich gesondert analysiert und dargestellt. Das Ergebnis mit Stellungnahme wird als Anlage 1 des Controllingberichts beigefügt, daher wird auf eine einzelne Stellungnahme bei den Maßnahmen verzichtet.</p>	
15_SZS.003	Aufgabe der Turnhalle ATS Hohenlimburg - Nahmer	4210	2015	9.200	9.200	9.200	0	100,0%	100,0%	grün	<p>Der Nutzungvertrag mit dem Verein ATS Hohenlimburg - Nahmer über die Anmietung der vereinseigenen Turnhalle für den Schulsport wurde zum 31.03.2014 gekündigt. Dadurch ergibt sich ab 2015 ein Konsolidierungsbetrag von 9.200 € jährlich.</p>	

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2015	Hochrechnung 2015	Differenz Hochrechnung 2015 Plan 2015	Zielerreichungsgrad 2015	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme	
15_SZS.004	Refinanzierung Mietkosten für Sportstätten aus der Sportpauschale	6110	2015	19.000	19.000	19.000	0	100,0%	100,0%	grün	Die ertragswirksame Auflösung der Sportpauschale dient der teilweisen Kompensation der Maßnahmen "Einführung einer Energie- und Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen / Erwachsene" (14_SZS.001) und "Einführung Beteiligung der Schwimmvereine" (14_SZS.002), die nicht durch den Rat beschlossen wurden. Siehe auch Maßnahmen 12_20.010 "Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten" und 15_FBOB.001 "Zuschusskürzung Agentur Mark". Die Maßnahme wurde mit Ratsbeschluss vom 11.12.2014 umgesetzt.	
PK_Gesamt	Gesamtsumme der Personalkosteneinsparung aller PK-Maßnahmen	PK	ifd. 2011	11.914.667	11.914.667	11.914.667	0	100,0%	100,0%	grün	Für das Jahr 2015 wird die geplante Konsolidierung voraussichtlich in Gänze erbracht.  Der in 2014 erzielte Einsparbetrag lässt den Schluss zu, dass der Fehlbetrag durch unterjährige Bewirtschaftung und Fluktuation im Jahr 2015 erzielt wird. Daher soll die Planung für die Zukunft unverändert beibehalten werden.	
<b>Neue Gesamtsumme (Änderung der Planwerte 2015!)</b>				<b>76.181.275</b>	<b>65.649.497</b>	<b>65.956.668</b>	<b>307.171</b>	<b>100,5%</b>				
<b>Gesamtsumme Beschluss Fortschreibung 2015</b>				<b>76.181.275</b>	<b>65.528.197</b>							
12_20.009	Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013	6110	2013	3.787.763	3.787.763	3.963.880	176.117	104,7%	100%	grün		
<b>Differenz Gesamtsumme Controllingbericht-HSP 2015 ohne</b>				<b>72.393.512</b>	<b>61.861.734</b>	<b>61.992.788</b>	<b>131.054</b>	<b>100,2%</b>				

**Hinweise zur „Ampel-Bewertung“**

Auf Grund der Bemerkungen der Bezirksregierung aus dem Schreiben vom 12.09.2013 wurde der Erfolg aller Maßnahmen bei der Ampelbewertung nun einzeln betrachtet.

Die Beurteilung wurde wie folgt definiert:

Grün: Sowohl im aktuellen Jahr als auch in der mittelfristigen Prognose für 2021 (nicht Planung) wird das Konsolidierungsziel erreicht.

Gelb: Im aktuellen Jahr wird das Konsolidierungsziel nicht erreicht, aber in der mittelfristigen Prognose 2021

Rot: In der mittelfristigen Prognose wird das Konsolidierungsziel nicht erreicht. Die Prognose 2021 ist geringer als die Planung in der Fortschreibung des HSP 2016

## **Anlage 1**

### **Controllingbericht HSP 2014/2015**

#### **Prognose 2. Quartal 2015**

Nachfolgend werden sämtliche Konsolidierungsmaßnahmen der GWH aufbereitet und analysiert. Dargestellt sind die jeweiligen Maßnahmen mit ihren Bezeichnungen, dem Planansatz 2015, dem prognostizierten Wert des 2. Quartals und die Abweichung der Prognose zum Planansatz.

Der Planansatz für die GWH Maßnahmen wurde in das Budget 2015 eingeplant. Aufgrund der derzeitigen Lage der Enervie ist fraglich, ob die Maßnahme 15\_GWH.001 (Rabatt Energiebezug) realisiert werden kann. Vorsichtshalber wurde die Prognose der Maßnahme auf null gesetzt. Durch eine Mehrkonsolidierung der Maßnahme 13\_GWH.002 (Wirtschaftsplan GWH) kann das Budget 2015 voraussichtlich dennoch eingehalten werden.

Da 2014 bereits ein Großteil der Grundstücksverkäufe abgewickelt wurde, was im Jahr 2014 bei der Maßnahme 13\_GWH.001 (Verstärkte Verkaufsaktivitäten bei Grundstücken) zu einer deutlichen Übererfüllung führte, kann das volle Konsolidierungspotential in 2015 nicht mehr ausgeschöpft werden. Niedrige Zinsen wirken sich mindernd auf die Konsolidierungsmaßnahme 14\_GWH.007 (Ersatzmaßnahme Gegenseitige Liquiditätsverstärkung mit der GWH) aus. Eine Kompensation erfolgt durch die Ersatzmaßnahme 15\_GWH.002 (Abführung Jahresabschluss 2014). Die Gewinnabführung aus 2014 beträgt 500.000 € und wurde bereits an die Stadt abgeführt.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass durch die komplette Einplanung der Maßnahmensummen in den jeweiligen Wirtschaftsplan der GWH eine Umsetzung der Maßnahmen in Summe sichergestellt ist. Der positive Jahresabschluss 2014 zeigt, dass dies nicht nur ohne größere Defizite bei der GWH gelingt, sondern dass durch die positiven Jahresabschlüsse der GWH sogar zusätzliche Konsolidierungsbeträge für die Folgejahre erwirtschaftet werden können.

**Anlage 1****HSP-Maßnahmen GWH Controllingbericht 2. Quartal 2015****HSP - beschlossene Maßnahmen**

Maßnahme	Bezeichnung	Planansatz 2015	Prognose 2. Quartal 2015	Differenz 2015
11 23.013	pauschale Sachkostenreduzierung - FB 23 TP 1123	44.000	44.000	0
11 GWH.002	Verhaltensbedingte Energieeinsparung	1.094	1.094	0
11 GWH.110	Energieeinsparung d. energetische Sanierungen	416.318	416.318	0
11 GWH.120	Energiekostenreduzierung durch Tarifwechsel	624.538	624.538	0
11 GWH.130	Einsparung durch Budgetierung	1.000.000	1.000.000	0
11 GWH.150	Flächenmanagement ohne Abmietung	328.000	309.244	-18.756
11 GWH.160	Personal (Fluktuation)	2.919.922	2.919.922	0
11 GWH.170	Abbau freiwilliger Leistungen	4.000	4.000	0
11 GWH.777	Einsparsumme der GWH, die in Maßnahmen der Ämter enthalten ist (1.631.128 €)	0	0	0
12_GWH.001	Reduzierung der Miete an GWH (Bauunterhaltung)	1.100.000	1.100.000	0
12 GWH.005	Sachkostenreduzierung im TP 5450 (fiskalische Flächen)	29.880	29.880	0
12 VB5.004	Konzessionsvertrag Städtemedien neu ausschreiben	0	0	0
13_GWH.001	Verstärkte Verkaufsaktivitäten bei Grundstücken	200.000	147.347	-52.653
13_GWH.002	Wirtschaftsplan GWH	526.000	890.623	364.623
14_GWH.002	Schließung der öffentl. WC-Anlage Vollbrinkstr.	9.000	10.377	1.377
14_GWH.003	Auflösung des Eigenbetriebes GWH und Restrukturierung als Regiebetrieb	0	0	0
14_GWH.004	Ersatzmaßnahme Vertragsänderung bei FernwärmeverSORGUNG	32.420	32.420	0
14_GWH.007	Ersatzmaßnahme Gegenseitige Liquiditätsverstärkung mit der GWH	35.000	9.000	-26.000
15_GWH.001	Rabatt Energiebezug	360.000	0	-360.000
<b>Summe</b>		<b>7.630.172</b>	<b>7.538.763</b>	<b>-91.409</b>

**Ersatzmaßnahmen**

15_GWH.002	Ersatzmaßnahme Abführung Jahresabschluss 2014	0	500.000	500.000
<b>Summe Ersatzmaßnahmen</b>		<b>0</b>	<b>500.000</b>	<b>500.000</b>

**Stellungnahme zur Maßnahme 11\_11.111 – Interkommunale Zusammenarbeit**

Der Start der Maßnahme ist bereits 2014 erfolgt. Daher wurde in der Fortschreibung des HSPs 2015 ein Betrag in Höhe von rund 782.638,00 € im Jahr 2015 eingeplant. Weiterhin wird davon ausgegangen, dass der restliche Konsolidierungsbetrag in Höhe von 717.362,00 € im Jahr 2016 erzielt wird. Derzeit werden 834.000,00 als Konsolidierungsziel 2015 prognostiziert.

Die interkommunale Zusammenarbeit bietet sich insbesondere im Bereich neuer Aufgaben an, da hier verstärkt Synergieeffekte erzielt werden können und keine neuen Strukturen geschaffen werden müssen.

Es wurde ein Kooperationsvertrag mit der Stadt Herne abgeschlossen, wonach die Städte Hagen und Herne baugleiche Feuerwehrleitstellen bauen. Dadurch ersparen sich beide Städte die ansonsten unbedingt notwendige redundante zweite Leitstelle für den Fall eines Ausfalles der Hauptleitstelle.

Konkret wurde die Koppelung mit Herne im Juni 2014 begonnen. Auf Grund Ihres Hinweises in der Mail vom 14.04.14 wird der Investitionszins mit der Durchschnittswertverzinsung berechnet. Somit ergibt sich ab dem Jahr 2015 eine Einsparung von 320.276,47 €.

Die Aufgaben der Versorgungsverwaltung, des Elterngeldes und des Betreuungsgeldes wird in Kooperation mit Dortmund und Bochum wahrgenommen. Diese Kooperation erspart der Stadt Hagen das eigene Vorhalten einer Leitungsfunktion im Umfang von 50%. Ausgehend von einer Leitungsfunktion EG 12 werden ca. 26.000 € eingespart.

Für den Wirtschaftsbetrieb Hagen werden Aufgaben des Datenschutzes von der Stadt Hagen wahrgenommen. Die Einnahmen für die Quartale I und II 2014 betragen 5.325 €. Hochgerechnet auf 1 Jahr ergibt sich eine Erstattung im Umfang von 10.650 €.

Ferner wird die Arbeitssicherheit durch 25/AS für HEB, Sparkasse, WBH und JobCenter wahrgenommen. Es ergeben sich Erstattungen im Umfang von jährlich 57.211,64 €.

Für die Durchführung von Personalsachbearbeitung und Zahlbarmachung für externe Kunden (CVUA Westfalen, Werkhof, Hagener Entsorgungsbetrieb, HAGENagentur, agentur mark Wirtschaftsbetrieb Hagen, Theater Hagen gGmbH) erhält die Stadt Hagen rund 270.000 € / Jahr.

Im Rahmen der Personalgestellung erhält die Stadt Hagen von der Theater Hagen gGmbH für die Entsendung von Mitarbeitern 99.800 € / Jahr.

Durch die Vermietung eines Gebäudes (CVUA) ab dem Jahr 2014 an das Land, erzielt die Stadt Hagen höhere Mieteinnahmen als die Abschreibung. Der Differenzbetrag liegt bei 50.000 € / Jahr.

Initiiert durch die Oberbürgermeister verschiedener großer Städte hat sich ein Arbeitskreis "interkommunale Zusammenarbeit" gebildet. Er besteht aus diversen Unterarbeitskreisen. Seitens der Unterarbeitsgruppen wurden diverse Vorschläge zur weiteren Vorgehensweise

unterbreitet. Aufgrund des Wechsels der Stadtspitze in vielen Kommunen ist hier das nächste Treffen der Oberbürgermeister abzuwarten.

Die finalen Gespräche zum Vertragsabschluss mit dem CVUA zur Abnahme der Dienstleistung des Datenschutzes stehen unmittelbar bevor und auch das Theater hat bereits Interesse zur Abnahme der Leistung bekundet. Mit dem Theater wird ein Vertragsabschluss nach der Spielzeitpause angestrebt. Nach der Beauftragung und ersten Sondierungsgesprächen können auch die Einnahmen, die erzielt werden können prognostiziert werden.